

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 RM., bei Selbstabholung 1.65 RM. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 RM., für 1 Monat 1.75 RM. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 12 608.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile ober deren Raum 50 Pfg., bei Plagoyordr. 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— RM. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 RM. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer Freitag 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Ordnungsbeflie rast in München.

Von der Friedenskonferenz.

Verfailltes, 4. Mai. Der nach Versailles entsandte Berichterstatter der Teleg.-Union meldet: Soweit sich bis heute die politische Lage überblicken läßt, tritt immer deutlicher zutage, daß die vorzeitige Einleitung der deutschen Friedensdelegation durch die französische Regierung nur den Zweck verfolgt hat, durch die Anwesenheit der Deutschen in Versailles einen Druck auf den Widerstreit der Verbündeten auszuüben. Dieser Zweck ist jedoch nicht erreicht worden, da bisher über den Termin, an dem die Friedensbedingungen überreicht werden, noch immer völlige Unklarheit herrscht.

Wie unser Berichterstatter von gutunterrichteter Seite erfährt, hat die Forderung der deutschen Delegation, nicht länger über den Zeitpunkt der Überreichung der Friedensbedingungen im unklaren zu bleiben, scharflichen Eindruck auf die gegnerische Seite gemacht. Die am Sonnabend in Paris unter dem Vorsitz Clemenceaus stattgefundenen Konferenz scheint an der Hand der jetzt in Paris vorliegenden Reichsverfassung die Generalvollmacht der deutschen Delegation als sicher anerkannt zu haben. Wie bestimmt verlautet, wird die französische Regierung am Sonnabend, dem 10. Mai, als Termin für die Überreichung der Friedensbedingungen festsetzen. Es liegt auf der Hand, daß die Festlegung gerade dieses Datums eine Aufspaltung auf die Ereignisse des Jahres 1871 ist. Es verlautet ferner, daß den Deutschen nach der Überreichung der historischen Dokumente wahrscheinlich eine Frist von 10 Tagen eingeräumt wird, um die Bedingungen in Weimar vorlegen zu können.

Während dieser Zeit hofft man mit den Italienern in Paris eingetrossenen österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegationen in Verhandlungen treten zu können. Obwohl es heißt, man habe sich jetzt in Paris den Weg klar vorgezeichnet, dürften doch noch ungelöste Schwierigkeiten zu beheben sein. Zunächst hat das italienische Problem noch immer keine Lösung gefunden. Die Finanzfragen sind ebenfalls noch ungeklärt, der belgische Konflikt hat in den letzten Tagen sich verschärft, es ist das allerdings wenig glaubhafte Gerücht von der bevorstehenden Abreise der belgischen Delegierten aufgetaucht, die japanische Frage ist wieder aufgetaucht worden.

Unter dem 4. Mai wird aus Versailles berichtet: Intransigant will wissen, daß die italienische Delegation eingeladen worden sei, zurückzuführen. Italien erhalte Fiume, so daß die Rückkehr zweifellos feststehe und am Donnerstag erfolgen werde. Der Vertrag werde sodann Freitag oder Sonnabend überreicht werden können. — In der belgischen Frage ständen die Dinge nicht sehr gut. Intransigant beklagt sogar einen Eklat für morgen. Die Belgier seien über Wilson sehr verstimmt, was sie dazu veranlassen könne, die Pariser Konferenz zu verlassen. Der heutige belgische Ministerrat, in welchem Hymans über die finanziellen Zugeständnisse des Dreierrats berichtet, soll entscheidend sein. Der Termin will dagegen wissen, daß die Verhandlungen des Dreierrats Belgien Wunsch befänden, zu einer Einigung zu kommen, und daß die leichtgläubigen Schwierigkeiten anscheinend im Begriff seien, beigelegt zu werden. Hymans werde dem Ministerrat feste Vorschläge des Dreierrats überbringen, wonach Belgien das Vorrecht auf 2 1/2 Milliarden von der ersten von Deutschland zu zahlenden Kriegsentwädigung gesichert sei und Belgien die Tilgung seiner Gesamt-Kriegsschuld, etwa 5 Milliarden, nicht selbst zu übernehmen habe. Möglicherweise würden die belgischen Kammern zur Anhörung des Berichts Hymans am Montag oder Dienstag einberufen werden.

Paris, 5. Mai. Der Rat der Drei hat Italien eingeladen, an den Sitzungen der Friedenskonferenz wieder teilzunehmen. Die Einladung ist in einem Tone gehalten, die vermuten läßt, daß Italien sie annehmen wird.

Das Ende der bayrischen Räterepublik.

Die Ordnungsbeflie lobt in München.

Wien, 5. Mai. Der Volksanzeiger meldet: Bis jetzt hat es 150 Tote und etwa 800 Verwundete gegeben. Über 5000 Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den handrechtlich Erschossenen ist auch der kommunistische Sozialist, der Oberkommandant der roten Armee Ebelhofer, der bei einem Fluchtversuch aus einem Keller, wo er gefangen saß, von einem Wachposten erschossen wurde. Bis auf zwei Angehörige der Gardeabschwärzungen sind die Namen der von den Sozialisten in München erschossenen Weiseln nimmehr

festgestellt. Die Blätter nennen außer den bereits Mitgeteilten noch Walter Neuhäusl-München, Friedrich Wilhelm von Seckly-München und Walter Deise. Den Befehl zur Hinrichtung gab der Kommandant Fritz Seibel aus Chemnitz und sein Stellvertreter Hausmann aus München. Letzterer erschoss sich selbst, als er festgenommen werden sollte. Seibel wurde von der Menge erschlagen.

Seiten soll entkommen sein. Toller und Männer sind jedoch bestimmt verhaftet. Der Volksbeauftragte für Verkehrsfragen wurde in München festgenommen, während der kommunistische Kriegsminister Reichardt auf seiner Flucht in Petersthalen verhaftet wurde. Volksbeauftragter Klingelhöfer ist mit seiner Frau in seiner Wohnung verhaftet worden und soll im Maximilianskeller handrechtlich erschossen worden sein. Sandauer fiel in Kampf der Regierungstruppen in die Hände und wurde scheinbar genommen, nach bei seiner Entlieferung in das Gefängnis von der Menge getötet.

Die Straßenkämpfe in München.

München, 5. Mai. Der Korrespondent Hoffmann wird aus Bamberg gemeldet: Die Straßenkämpfe in München dauerten auch nachts mit unerminderter Stärke an und lebten sich heute morgen fort. Unsere Truppen sind im Vordringen. Die Verluste auf unserer Seite sind gering. Einzelne rote Schützen schieden in seiner Weisheit aus dem Hinterhalt, selbst verheiratete Frauen beteiligten sich am Kampf. Die Sozialisten lassen an vielen Stellen heftigen Widerstand. Die Deimaisunkulation München wurde durch die 2. Garde-Infanterie-Division besetzt. Die Räteführer Engelhofer, Sandauer, Kramböcker und Dr. Meißel sind verhaftet. Man wird mit ihnen verfahren, wie es mit anderen Sozialisten gemacht worden ist. Am Mittwoch und Donnerstag im Hauptpolizeikommando erschossen und organisch verblutet haben, wie sich nun a m t l i c h bestätigt. Die Namen konnten infolge der Beschleunigung der Verhaftungen nicht festgestellt werden. Die Ermüdung der Einwohner ist durch die Nacht sehr erhöht. Engelhofer wurde erschossen. Das Verbleiben bis zum Stillstand ist planmäßig gelungen. Die Säuberung der Gegend Dachaustraße, Schleichheimstraße, Gabelsbergerstraße, Giesing und der Gegend südlich vom Hauptbahnhof, wo noch Widerstand geleistet wird, ist im Gange. Nach den Mitteilungen des Generaloberarztes Dr. Haunstein sind bei den bisherigen Kämpfen gefallen: General Raad, ein Sohn vom General Schüttel und ein Sohn des Oberleutnants Faunstein.

„Vertrauensvotum“ für die Regierung Hoffmann?

Am Montag, dem 28. April, fand in Leuznitz (Oberfranken) eine Konferenz der Arbeiter- und Bauernräte des Bezirks statt, die vom Bezirksamtmann einberufen war. — Sie war von 28 Arbeiterräten aus 21 Gemeinden und von 25 Bauernräten aus 18 Gemeinden besucht. Der Zweck der Tagung war hauptsächlich die Produktion einer Vertrauensklärung für die Regierung Hoffmann, was sich der Bezirksamtmann als bekannter Sozialistenfesker zur Aufgabe gemacht hatte. Wohllich, bessere Anwälte konnte sich die Regierung Hoffmann nicht wählen! Nachdem der Bezirksamtmann sich gegen die Münchener auszusprechen und zugleich sein „sozialistisches, früher konservatives Herz“ erwidert hatte, wollte er zur Abstimmung schreiben und keinen der Räte das Wort zur Aussprache gestatten, unter Hinweis auf ein Telegramm der Regierung Hoffmann, das dahin lautete: Geher sind sofort zu verhaften, auch dürfen am ersten Mai keine Umzüge stattfinden.

Die Arbeiterräte verließen darauf unter Protest gegen die Art zu durchführende Absicht des Bezirksamtmannes und der Regierung Hoffmann den Saal und schrieben es ab, sich als mitleidloses Stimmvieh gebrauchen zu lassen. Die Bauernräte, aus der Wahlbewegung bekannte Sentimentskämpfer, stimmten ab und schrieben sich mit 28 Stimmen für die Regierung Hoffmann. Die Arbeiterräte aber zogen ihre Konsequenz und erklärten in weitzer Zusammenkunft, daß sie einer Einladung des Bezirksamtmannes in Zukunft nicht mehr Folge leisten und nur noch der des gewählten Vorstehenden folgen.

Am Vorabend sei jede Zusammenarbeit mit den bürokratischen Behörden alten Regimes in den Lebensmitteln- und Nahrungsmitteln jeder Art Fests- und Kraftversandmandum von Seiten der Räte. Die ganze agitatorische und organisatorische Kraft der Räte muß sich auf die Aufklärung und Organisation des arbeitenden Volkes zur Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, einer planmäßigen Produktions- und Wirtschaftsweise konzentrieren; erst dann können die Räte dem Volke das geben, wozu die Revolution sie geboren.

Mit diesem Bewußtsein gingen die Arbeiterräte heim. Sie haben den ersten Mai trotz aller Verbote in ihrem Sinne gefeiert!

Bergarbeiterkonferenz in Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 3. Mai. Obwohl Reichskommissar Severing gemahnt hatte, die für gestern nach Nordf. einberufene Bergarbeiterkonferenz der Syndikalisten zu meiden, war diese von über hundert Betriebsräten und Ausschussmitgliedern besucht. Nach stündlichen Verhandlungen wurde in den Abenden beschlossen, in Zukunft keine politischen Forderungen mehr zu stellen, sondern sich lediglich auf wirtschaftliche Angelegenheiten zu beschränken. Bei allen Dingen soll der Sechstündertag in den Grubenbetrieben durchgesetzt werden. Ein 15stündiger Ausschuss wird gebildet, dessen Aufgabe es ist, eine Liste der Arbeitgeber aufzustellen mit denen über die Einführung der Sechstünderschicht verhandelt werden soll.

Drachensaaf.

München, 5. Mai. Der 4. Mai war ein Tag der Siegesfeier in München. Ganz München war in feierlicher Bewegung unterwegs. Die durchziehenden Truppen wurden mit Tüchern und Blumen begrüßt, sowie mit Essen und Getränken versorgt. Selbst aus den bayrischen Alpenländern sind bewaffnete Bauern in die Hauptstadt gekommen, um bei der Niederwerfung des Feindes mitzumachen. Auch 800 Trübsal-Denkmalzer haben bei dem Feindlager südlich mitgekämpft. Die Geiseln gegen die Preußen wurden sofort abhelfen. Vom Oberkommando wird jetzt noch behauptet, daß der verhaftete kommunistische Führer Sandauer und der Kommandant der roten Armee Ebelhofer von den Soldaten niedergemacht worden sind. Sandauer hat noch auf dem Transport aufreißende Neben an die Menge zu halten versucht.

Von den verhafteten Sozialistenführern ist der bekannte Initiator Sozialist bei der Verhaftung erschlagen worden. Dr. Seidler, der auf der Flucht mittels Flugzeugen war, wurde bei Augsburg gefangen und konnte hierbei verhaftet werden.

München, 5. Mai. Im ganzen sind bis jetzt über 5000 Verhaftungen erfolgt. In Schwabing, dem Herz der Sozialisten, ist besonders aufgeräumt worden. Auch dort ist gestern vormittag noch gekämpft worden.

Siegesjubel meldet die Telegaphen-Union aus München. Die Bourgeoisie feiert die Soldateska der Ordnung. Die Führer der Erhebung wie tolle Hunde erschlagen. Die Organe werden gefeiert; Massenverhaftungen überfüllen die Gefängnisse, die Denunziantenpest blüht. Alle Schrecken des Bürgerkriegs sind losgelassen. Vergeltung! rast die Ordnungspresse. Rache! heult der Chor der Bourgeoisie und ihre Kapibeter im rechtssozialistischen Lager. Geiseln sind erschossen worden! Die Blätter der Rechten haben sich nicht genug tun in der Ausmalung entsetzlicher Einzelheiten; bei den Meldungen über die Tötung der Revolutionäre sind sie weniger gesprächig.

Die Tötung der Geiseln ist Tatsache. Solange nicht eine zweifelsfreie amtliche Befätigung vorlag, mußte man die Meldung der bürgerlichen Nachrichtenbureaus bezweifeln — die Lichterberger Spuren warnten. Wir taten unsere Pflicht, als wir am Sonnabend darauf hinwiesen. Was an den gräßlichen Einzelheiten ist, die die wiedererstandenen Münchner Bourgeoisieblätter über die Bluttat mitzuteilen wissen, das bleibt deswegen noch dahingestellt — daß die Geiseln über die Zustände in dem abgeschlossenen München „maßlos übertrieben“ waren, muß selbst ein Blatt wie die Leipziger Neuesten Nachrichten zugeben.

Wer wenn alles zutrifft, was jene Blätter über die Tötung und Verklammerung der Geiseln an Furchtbarem mitzuteilen wissen — wer trägt die Schuld, daß es dazu kam? Wer hat die Verantwortung dafür, daß sich die Brut einer zur Verzeufung getriebenen Schaar also entlud? Wir haben es hier am Freitag festgestellt, daß die bayrische Regierung das Angebot von Verhandlungen mehrmals schroff abgelehnt hat. Sie wollte das Blutbad, sie wollte die Erhebung im Blut erlösen. Darf sie sich beklagen, wenn die gräßliche Antwort auf diese brutale Ankündigung der Standrechtsmehelei erfolgte! Die Münchner Kämpfer wußten danach, was ihnen bevorstand und sie haben ihre Vergeltung vorausgenommen: Wer den Geiseln jeden Ausweg versperrte, der soll nicht pharisaisch jammern, wenn seine Tat Gräßliches herausbeschwört. Und wer über die Berrohung zetert, die sich in München offenkundig habe, der soll sich einmal ernstlich die Frage vorlegen, wieviel die kaum verhältnismäßige Billigung der schändlichen Morde an Liebknecht und Koll. Luxemburg, wieviel die Glorifizierung der unmenschlichen Ausschreitungen der Kossogarden, die ihre gräßliche Spätschön durch halb Deutschland zogen, zu dieser Berrohung beigetragen haben. Was in München schrecklich aufgegangen ist, das ist aus der Drachensaaf entsprossen, die die Politik der Weimarer Koalition gesät hat. Man wagt nicht ungekräft im Arbeiterblut — die Greuel der Ordnung gebären schließlich die Greuel der Revolution.

Wir wollen keine Schuld verkleinern und vertuschen. Aber wir wollen sie gerecht verteilt wissen. Was in München geschah von den Verteidigern der Räterepublik, das wollen wir nicht beschönigen. Aber wir protestieren mit aller Kraft gegen das durchsichtige Manöver der Reaktion, die die Schrecken des Bürgerkriegs den Revolutionären allein aufbürden will, die die Räterepublik von München wie seinarspekt die Pariser Kommune unter einem Haufen von Schmutz und Verleumdungen zu begraben versucht. Die Tat der Räte

zweiflung und der Ruf, die das Ende der Münchner Mate- republik sei, ist nicht das Wesentliche an den Ereignissen. Sie ist die düstere Begleiterscheinung eines Kampfes, der abgetrennt von ihr beurteilt werden muß.

München zeigt sich als Entwicklungssphäre der Revolu- tion nicht überstürzen lassen, daß ihre Zerspaltung in Einzelaktionen der Gegenrevolution nur erwünschte Ge- legenheit bietet, die Kampfader des Proletariats einzeln abzuwürgen. Es lehrt, daß der militärische Widerstand einzelner Teile der Arbeiterschaft gegen die konzentrierte Macht der Regierungen nur zu nutzlosen, schweren Blutspfern führt. Mitleidige konnte es den Männern, die die Re- publik ausgerufen haben, damals erscheinen, daß die Ein- gung des Proletariats in München — wie weit sie von den Rechtssozialisten ehrlich gemeint war und gehalten wurde, bleibt noch zu prüfen — die Grundlage für eine erfolgreiche Aktion gebe, die in ganz Deutschland zünden, zur Nachfolge jortreiben könnte. Darüber wird man das Urteil bis zur Möglichkeit genauerer Prüfung zurückhalten müssen. Be- dauerlich aber bleibt es, daß die Führer, als sie sehen mußten, daß diese Erwartung schief lag, nicht den Entschluß zur Um- lehr fanden, daß sie namentlich nicht den Weg eingangs sind, den das Proletariat Braunschweigs einschlug, als die nackte Gewalt des Regimentsmilitärs auch dort Blutströme zu entfesseln drohte. Der blutige Untergang der Münchner Mate-republik predigt eindringlich, daß die Arbeiterschaft nur im geschlossenen Kampfe, im einheitlichen Zusammenwirken mit den ihr durch ihre ökonomische Stellung angepaßten Mitteln zum Ziele gelangen kann, daß jede Zerspaltung wie der Appell an die rohe Gewalt nur der Gegenrevolu- tion nützt.

Wir bedauern tief die Opfer der Münchner Blutlage. Auf beiden Seiten. Wir bedauern die Opfer, die noch fallen! Aber wenn das deutsche Proletariat aus diesen blutigen Tagen lernt, so wird das Zurückbare nicht ganz umsonst ge- wesen sein und dann werden auch alle vergifteten Versuche, die Greuel dieser Tage zu neuer Drachensaat gegen die Ar- beiterklasse anzustreuen, wohl zum Scheitern verurteilt sein.

Kommunistische Rückzugskanonade.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die Rote Fahne, bemüht den Sturm der Mate-republik in Bayern, um sich auf das Programm der Kommunisten zu besinnen, mit dem die kommunistische Taktik bisher immer in offenem Widerspruch gestanden hat. Sie trägt folgendes Wort:

Das Proletariat von Deutschland muß jetzt lernen, im Geleitschritt zu marschieren. Wer voran ist, muß Schritte treten, wer nach ist, muß lange Weine machen, aber die nächste Stunde der Aktion muß gewaltige Weirte und mächtige Fernschüsse einschließen, geschloffen und eines Willens sind.

Das ist sehr richtig und sehr bezeichnend für jene kommunistischen Politiker, die bisher nichts vom Gleichschritt des deutschen Proletariats wissen wollten, und jede Aufforderung, länger zu treten, als Nebel und Sturm abzuwarten. Wäre die Rote Fahne ehrlich, so müßte sie diesen Erkenntnis das Bekenntnis folgen lassen: wir sind bisher zu weit vorangeklimmt, wir haben geklaut, den Feind mit den Vorwänden schlagen zu können, wir waren im Irrtum und müssen nun unsere Taktik ändern.

Das würde auf die Anhänger der Kommunisten zwar wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt haben, aber das wäre ihnen gerade sehr nützlich.

Statt dessen lacht das Zentralorgan der Kommunisten sich vor feinerhändigen Anhängern zu schmeicheln, indem es die Fehler der kommunistischen Taktik denen in die Schuhe zu schieben sucht, die sie immer bekämpft haben. Sie schreibt ferner:

München begann so, wie all die militärischen Bewegungen, sei es in Berlin, sei es anderswo, begonnen haben! Nicht aus unsern Kreisen. Wir können warten und wir predigen das Warten. Nicht aus Eitelkeit und nicht aus Schamhaftigkeit, nicht aus Mangel an Mut und nicht aus Furcht an der Feilheit (im wir so). Wir tun es, weil wir in der Revolution diesen organischen Ent- wicklungsprozeß sehen, dessen Reife wir abwarten müssen. Wir müssen abwarten, bis die Massen geistig und organisatorisch zu dem Maße gewachsen sind, das die Aufgabe der Revolution erfordert. Fördern können wir diesen Entwicklungsprozeß nur agitatorisch und in beschränkter Weise durch Organisationsarbeit: wir können das Wachstum nur fördern wie ein kluger Gärtner, der seiner Pflanze Wasser zuleitet. Man kann aber die Pflanze nicht arößer und nicht reifer machen, indem man mit Gewalt daran zerrt: damit lockert man nur die Wurzel, so daß sie in langen Wochen und Monaten erst die zu Schaden gekommene Pflanze wieder erholen kann.

Damit ist das Wesen einer überwindenen Woche der Revolu- tion erreicht, in der russische Revolution und unabhängige Revolutionen russischer und anderer Völkern zum Vorbild genommen gerade vor den Toren standen und provozierten oder weil „Stimmung“ war zum Vor- schreiten. So ging das dann immer los. Und weil dann sofort in den ersten Stunden oder Tagen zu erkennen war, daß der große Schlag oder „Endkampf“ beiläufig kein Endkampf war, son- dern nur eine, für das Proletariat höchst schädliche Episode zu werden drohte, wandten sich die Massen sowohl der tapfersten Volkshelden, sei es anarchistischer, sei es unabhängiger Konkrete, an und, die sie alle miteinander instinktiv als die weltlichen Vertreter des revolutionären Gedankens empfanden. So war es anderswo und so war es in München.

Sie beschäupelt frisch darauf los, daß bisher die Kommunisten die Besonnenen und klugen Taktiker gewesen seien, die von allen Russen abgesehen hätten und gedreht hätten, während die Unabhängigen als Revolutionsneurotiker durch die Anzettelung von Zellaktionen die Kräfte der Revolution verzettelt hätten. Klüner kann man die Wahrheit nicht in ihr Gegenteil verkehren.

In Wirklichkeit haben die Kommunisten bisher immer noch sich als die Stürer großer einheitlicher Massenaktionen erwiesen. Wie und es im Januar in Berlin? Wer hat Bremen erobert? Waren nicht die Kommunisten, die in Braunschweig trotz aller unabhängigen Warnungen den Generalkrieg proklamierten, obwohl sie wußten, daß niemand in Deutschland ihnen folgen würde und folgen konnte, und die ihn solange fortsetzten, bis in Braunschweig Marter und mit ihm die Reaktion einzog, obwohl sie täglich gemahnt wurden, abzubrechen?

Und nun gar das Verhalten der Kommunisten beim Aus- bruch des ersten Ruhrkriegs! Unter Vertagung des obersten Bedarfs jeder revolutionären Bewegung, der revolutionären Treue, haben letztendlich die Kommunisten im Ruhrrevier in Mülheim in geradezu verwerflicher Weise den kommunistischen Generalkrieg im Ruhrrevier proklamiert. Sie haben das Vertrauen der unabhängigen Führer, der unabhängigen und rechtssozialistischen Ar- beiter mißbraucht, um ihre Sonderparteiinteressen über die der

Revolution zu stellen. Statt zu warten, wie es sich die Rote Fahne als höchste Tugend der Kommunisten lobt, haben sie losgeschlagen. „weil Moskogarden gerade vor den Toren standen und provozierten“ und „weil „Stimmung“ war zum Voranschreiten“. Aus reinem Parteidogmatismus, weil sie eben nicht die Partei des Proletariats, son- dern des Inertproletariats sein wollten, haben sie damals die größte revolutionäre Bewegung, die Deutschland seit dem November gesehen hat, in geradem unklüger Weise zerstört. Und dann, als der Zusammenbruch unvermeidlich war, oder, um mit der Rote Fahne zu reden, als sofort zu erkennen war, daß der große Schlag um eine für das Proletariat höchst schädliche Episode zu werden drohte, da hat man noch den Unabhängigen und den unabhängigen Führern gerufen, die dann den Horn der Mollen, der aus der Enttäuschung hervordröhrt, auf sich zu nehmen sich nicht scheuten und restlos, was noch zu retten war.

Es sollte doch noch in der Erinnerung auch der Redakteure der Rote Fahne sein, in welcher laienmaßigen Schamlosigkeit die kom- munistischen Führer damals nach den blutigen Schahlen riefen, und wie unerhohten sie sich über die Fehler der kommunistischen Praxis bei dieser Gelegenheit ausgesprochen haben.

So war es überall! Und nun ermahnt man das Maß politischer Unehrlichkeit, daß der Artikel der Rote Fahne enthält. Mit der größten Selbsterleuchtung werden darin die Dinge in ihr Gegenteil ver- kehrt. Die kommunistischen Führer werden sich allenfalls darauf berufen, daß ihr Programm lauter vor dem Volkstum gewarnt hat. Sie werden aber der Wucht der Tatsachen gegenüber nicht schreiten können, daß die Praxis der kommunistischen Partei im strengsten Widerspruch zu dem kommunistischen Programm gestanden hat. Weil das Verlangen der verkehrten Praxis der kommunistischen Partei sie jetzt zwingt, eine Aenderung der Taktik ernsthaft vor- zunehmen, versuchen sie durch eine unehrliche Mißdeutung gegen die Unabhängige Sozialdemokratie ihre früheren Fehler zu ver- hüllen.

In der Sucht, der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre poli- tischen Fehler anzuhängen, und sich dagegen als die Partei der ruhigen Vernunft und der historischen Einsicht hinzustellen, verfallen sie sogar in das lächerliche Extrem, ihre Partei zu einer reinen Propagandagesellschaft stempeln zu wollen. Sie vergessen die größte Lehre der marxistischen Denkweise: Daß der Gang der Geschichte be- stimmt wird von der Entwicklung der Wirtschaftswelt, daß aber Menschen es sind, die die Geschichte machen. Die Arbeiterbewegung ist keine Pflanze, die ohne jedes Zutun wächst, und die nur von Zeit zu Zeit durch einige Regentropfen besoffen werden mußte. Die revolu- tionäre Arbeiterbewegung in Deutschland ist im Kampfe das ge- worden, was sie heute ist. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist trotz darauf, daß sie nicht eine reine Propagandagesellschaft ist, son- dern eine Kampfpartei, die überall da, wo sich ihr Möglichkeiten bieten, einen unablässigen Krieg führt gegen die Feinde des Sozialismus.

Wenn die kommunistische Partei nichts anderes wäre, als eine bloße Agitationsgesellschaft, dann könnte sie von der politischen Schaulust abtreten. Man wird doch in den Kreisen der kommu- nistischen Führer sich nicht einbilden, daß eine Partei einen Lebens- zweck hat, deren einzige Aufgabe es ist, darauf zu warten, daß andere Parteien dem Proletariat die politische Macht erobern.

Dieses Verhalten aus dem einen Extrem ins andere ist ein deut- licher Beweis dafür, welche Unklarheit nicht nur bei den kommu- nistischen Anhängern, sondern auch in den Reihen der kommunistischen Führer herrscht. Diese Unklarheit birgt große Gefahren für die revolutionäre Arbeiterbewegung: denn sie ist die Ursache jener kom- munistischen Taktik, die zur Zerspaltung der revolutionären Kräfte führt. Das mag sich die Rote Fahne gesagt sein lassen. Und dazu noch das andere: neben der revolutionären Treue ist Wahr- haftigkeit eine Vorbedingung des Sieges des Proletariats.

Rechtssozialistische Anschauungen über Pressefreiheit.

Das Generalkommando in Nürnberg hat am 28. April folgende Verfügung erlassen:

Die gegenwärtige Lage erfordert Maßnahmen, die eine weitere Beunruhigung der Volksgenossen verhindern. Kehrung der Presse, die gegen die bestehende Regierung oder gegen die öffentliche Sicherheit gerichtet sind, können nicht geduldet werden. Alle Meinungen, die sich in genannter Weise vernehmen lassen, haben Verfall und Verbot des weiteren Erscheinens zu gewärtigen. Auf Grund des Art. 4 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 22. April 1919, das die Pressefreiheit des Reichs und der Provinzen, des freien Arbeiters und der Arbeiter verbietet. Alle bereits gedruckten Exemplare dieser Zeitungen sind zu beschlagnahmen. Dr. G. Winger.

Es ist nicht neu, daß die Rechtssozialisten auf die Pressefreiheit pfeifen, wenn sie in einer ihnen unbequemen Art und Weise benutzt wird. Das Verbot der Republik des Stuttgarter Sozialdemokrat, des Braunschweiger Volkstreu, der Rote Fahne spricht deutlich dafür.

Von Interesse aber ist, wie die rechtssozialistische fränkische Tagespost das Verbot des fränkischen Kuriers hirtet. Sie zitiert zunächst einen Artikel aus dem fränkischen Kurier, der keineswegs toll ist, als das, was die bürgerliche Presse in Deutsch- land vom Schlang der Leipziger Neuesten Nachrichten und verwandter Organe sich täglich leistet und fährt dann fort:

Der ganze Wust von Gemeinlichkeit und aufgeblasener Frechheit und ist ein milderhaftes Beispiel für den trostlosen Geistes- zustand der bürgerlichen Journalisten.

Der sich in den letzten sechs Monaten nur aus dem fränkischen Kurier über den Zeitgeist unterrichten wollte, hätte ein vollständig schiefes und einseitiges Bild der Revolution. Tagtäglich müßte man eine halbe Seite nur mit zurzugerenteten Nachrichten und Aus- lassungen dieses reaktionären Organs füllen und dann wäre immer noch nicht alles an, gemacht, was der fr. Kurier in jeder Ausgabe seines W. des anrichtet. In jedem Artikel redet man in der Selbstwahrnehmung breitpudrig von Demokratie und Pressefreiheit und dabei hat kein Wort das Ansehen der Demokratie und der Presse- freiheit nicht geistig übt in den Tugenden aller vernünftigen Menschen, als das Wort des Herrn Verlagsdirektors Klob.

Es ist ein Unglück, der im öffentlichen Interesse so bald und so gründlich als möglich abgeschafft werden muß, daß die immerglei- cheren Ansichten täglich zweimal in Nürnberg ansposaunt werden sollen. Laß mit Pressefreiheit erklären zu wollen, ist eine vollkom- mene Verkennung dieses Begriffs. Wenn die verantwortlichen Leute des W. des nicht den Mut anbringen, dem Herrn Verlags- direktor eine Strafe zu erteilen, dann ist es Pflicht der Redak- tion, einmal klar und klar auszusprechen, daß es mit keinem Geset der Demokratie vereinbar ist, wenn ein unbedeutender Kap- talist als Anhang zu seinem Intelligenzteil eine Zeitung herausgibt, die trotzig, hegt und mit allen Mitteln gegen die junge Republik und ihren Aufbau arbeitet.

Diese Anschauungen eines rechtssozialistischen Blattes wird man sich merken müssen, sie nehmen in besonders merkwürdig aus, wenn man dazu hält, daß gleich danach, die Regierung das Verbot des

Verbotens Artikel wieder aufgehoben hat! Warum aber schwingt die Tagespost über das Verbot der Rote Fahne und des freien Arbeiters? Warum schwingt sie darüber, daß bürgerliche Reichstagsmitglieder erklären diejen, während unter dem rechts- sozialistischen Banner die radikalen Organe der Arbeiterschaft unter- drückt werden?

Die Hoffnungen der Gegenrevolutionäre.

Von sehr unzuverlässiger Seite erhielt dieser Tage die Freiheit Mitteilung über ein Gespräch, das ein Gymnasialprofessor mit meh- reren Offizieren führte. Es heißt darin:

Professor S. fuhr neulich auf der Rückkehr von einer Fahrt mit mehreren Offizieren, darunter einem Obersten, zusammen, die sich in ganz rückhaltloser Weise ihm gegenüber, den sie nicht kannten, äußerten. Ganz genau diese Leute in nächster Zeit mit dem Sturz der gegenwärtigen Regierung und der Wahrscheinlichkeit einer radikaleren Regierung. Sie redeten ferner davon, daß diese neue Regierung die Reichsverfassung sofort auflösen wird, Strafen oder diese Maßnahme nicht im mindesten, weil sie sich vollkommen ihrer Macht sicher wußten. Die Offiziere äußerten, daß sie jetzt in den Trümmern jedes einzelnen Soldaten sicher seien, daß die unklügeren Elemente längst aufgemermt seien und daß die brohende Arbeitlosigkeit bei den Leuten bereits wieder einen Sabotagecharakter angenommen habe, wie er auch in Friedenzeiten nicht besser gewesen sei.

Auf die Frage von Prof. S., ob sie nicht die Gegenmaß- nahmen der Arbeiterschaft, die den Generalkrieg, durch- setzen, antwortete der Oberst, auch auf diese Eventualität sei alles vorbereitet, man habe bereits bestimmte Pläne, welche Betriebe, wichtige Gebäude, Plätze usw. sofort zu besetzen seien. Außerdem habe man in die Arbeiterwehren, die sehr sorgfältig fortwaren, sowie die Frauen und Madchener, die die Banken mit ihren Geldmitteln schon längst hinter sich. Auf Noth, dem man noch den Worten dieser Offiziere nicht dankbar genug sein könne, rechne man sowieso mit Sicherheit.

Den Kaiser beschloß man nicht zurückzurufen, auch der Kron- prinz sei unmöglich, aber man denke in den Kreisen wirklich an eine Art Reichsverweser, bis der geeignete Mann gefunden sei.

Selbstes W. über die Zustände in den Provinzen hat Prof. S. aus einem Brief erhalten. In ihm sein Schwager schrieb, der selbst auf dem Boden der Militärpartei stehend, als Kritikerhauptmann in Polen steht und ihm ver- teilt, er sei seiner Truppen absetzt sich. Im übrigen rechnen diese Leute bereits mit blutigen Zusam- menstößen, so äußerten sich zu Prof. S. in dem Sinne, daß man eben

einige Tausend Unabhängige und Kommunisten erschließen werde, aber das werde die Arbeiter so einschüchtern, daß sie von jedem weiteren Widerstand absehen würden. ... Diese Mitteilungen klingen leider durchaus nicht ungläubig. Die Gegenrevolutionäre haben bei dem beseitigten Stande der Dinge in Deutschland gewiß allerlei Grund, an ausweichenden Hoffnungen. Die Scheibemann und Noke bereiten ihnen den Weg. Sie dürften sich freilich trotz alledem verrechnen, denn das deutsche Proletariat ist schließlich doch eine andre Kraft, als die Herren sich träumen lassen.

Die Bellelei geht weiter.

Mit einem traurigen Ausruf treten die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die vier bürgerlichen Gewerkschaftszentralen an die Öffentlichkeit. Es wird darin für eine private Bellelei zugunsten der heimkehrenden deutschen Gefangenen geworden. Mit der Wahrheit nehmen die Herrschaften es dabei nicht sehr genau. Es wird so getan, als ob die fremden Gefangenen mit dem Eintritt des Waffenstillstandes sämtlich aus Deutschland entlassen worden seien: dabei ist doch bekannt, daß jetzt noch Hundert- tausende russischer Gefangener in Deutschland zurückgehalten werden. Sichtlich sind die Generalkommissionen, die Vorfrage getroffen ist, daß an dem Komitee, denen Empfang und Rückfrage für die Ge- fangenen obliegt, auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt sind. Beirätet wird die private Bellelei folgendermaßen:

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abgetan sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel nicht, werden nur zu oft keine Stutte finden, die ihnen Heim sein wird. Für das notwendige wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Aber darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Ge- fangenen, die Jahre der Trübsal und Freudlosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freude zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Rückfrage wirkt, um sie ihre Leiden vergessen zu lassen. Bei 500 000 Gefangenen, die zurückkehren, sind große Mittel erforderlich, um nur geringes durch diese Liebesgütigkeit leisten zu können.

Ein Ausschuß, dem außer Regierungsvertretern Mitglieder aller Parteien der deutschen Nationalversammlung angehören, erhält einen Ausruf zu Sammlungen, deren Ertrag für die Gefangenen zu verwenden, um zu beweisen, daß sie wieder eine Heimat gefunden haben.

Die Mitglieder der Arbeitermerorganisationen bitten wir dringend, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Also ganz wie unter dem alten Regime: Für das allernotwen- digste sorgt das Reich, im übrigen aber wird durch ganz Deutsch- land der Bellelei geschwungen. Statt die Mittel zu benutzen, die für Grenschutzwachen und Revolutionswolgareitungen ausgeben: werden, hat man noch den Mut, die Arbeiter anzuschreien.

Argentinische Lebensmittel für Deutschland.

Die das Bureau Europapress erfährt, sind die Verhandlungen in Buenos Aires, die außerhalb der Arbeiten der Friedensdelegation über Wirtschaftfragen geführt werden, weitergeführt worden. Von deut- scher Seite ist eine beträchtliche Menge von Lebensmitteln in Argenti- nen angelauft worden. Es handelt sich hier bei um 155 000 Tonnen Weizen und 25 000 Tonnen Reis. Von dieser Transaktion, zu der Deutschland auf Grund des Brüsseler Abkommens berechtigt ist, ist in Buenos Aires den Vertretern der Entente Mitteilung gemacht wor- den, so daß nunmehr diese Mengen auf das deutsche Kontingent von 370 000 Tonnen Weizen und Reis angerechnet werden. Wie wir weiter erfahren, ist bereits genügend deutscher Schiffraum nach Argentinien zum Abholen der Lebensmittel abgegangen.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam für ein jüdisches Palästina.

Die internationale Sozialistenkonferenz hat folgende Resolution angenommen:

Die internationale Konferenz anerkennt den internationalen Charakter der Judenfrage und fordert in Anerkennung des allge- meinen Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechts die internationale Regelung der Judenfrage auf folgender Grundlage:

1. Volle bürgerliche Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung in allen Ländern, gleiche Behandlung der Juden in den vom Trage heimgekehrten Ländern beim Wiederaufbau, internationaler Schutz der Juden wie aller anderen nationalen Minoritäten gegen physische Verfolgung und wirtschaftliche Bedrückung.
2. Gleichberechtigung der Juden im Hinblick auf Freiheit der Einwanderung und Ansiedlung in allen Ländern.
3. Nationale Selbstverwaltung auf Grund des Personalprinzips und nationale Gleichberechtigung in Staat, Provinz und Gemeinde für die Juden in allen Ländern jüdischer Massenzusiedlung.

4. Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes auf Erhaltung seiner nationalen Heimstätte in Palästina und Schaffung der dazu notwendigen Bedingungen unter dem Schutz und der Kontrolle des Völkerbundes, dem auch die Wahrung der berechtigten Interessen der übrigen Bevölkerung des Landes obliegt.

5. Vertretung des jüdischen Volkes im Völkerbund. Eine Resolution des assyrischen jüdischen Arbeiterbundes, die erklärte, daß Palästina bei der Lösung der Judenfrage keine Rolle spiele, wurde abgelehnt.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Rattowitz, 3. Mai. Infolge des heutigen polnischen Nationaltages sind etwa 40 bis 50 Prozent der ober-schlesischen Gruben in Streik getreten.

Der allgemeine Ausstand, der mit dem letzten Spartakistenputsch in Verbindung steht, dauert noch an auf den Gleiswägen Gruben, den Berginspektionen Anzow, Bieschowitz und Jaborz, auf den Kalksteingruben Krusow und Wollnang, auf den Kalksteingruben Wschorn und Wenzel.

Benitzsch, 3. Mai. Bei der gestrigen Mittagspause habe die Zahl der Streikenden in Oberschlesien eine kleine Erhöhung erfahren. Die Schwab-Bunzsch-Grube legte nachmittags 3 Uhr die Arbeit nieder; sie fordert die lebenslängliche Arbeitszeit. Ein Streiker und ein Kohlenarbeiter wurden nach dem Hüttenhause geschleppt und misshandelt. Dagegen traten der Streikbrecher und die Charlottengrube in den Ausstand. Die Bergschicht streikte gestern aus Sympathie für die Kommunisten, heute für die Polen. Auf der Hüttengrube erschienen zwar die Bergschicht gestern zur Arbeit, die Beamten dagegen, die Oberbezug- und die Streiker traten in den Abwehrstreik als Protest gegen die verlangte Abhängigkeit einiger Beamten.

Bellegung des Elektrizitätsstreiks.

Hlubenburg, 2. Mai. Der Ausstand auf dem ober-schlesischen Elektrizitätswerk in Jaborz ist heute abend dem ober-schlesischen Wanderrat zufolge beigelegt worden.

Ungarns Verzweiflungskampf.

Die Verteidigung von Budapest.

Budapest, 3. Mai. Laut Meldung des ungar. Korr.-Bureaus hat in der heutigen Sitzung des Budapest Central-Arbeiter- und Soldatenrates Vol. Kommissar Bela Kun mitgeteilt, dass es im wesentlichen bereits in den Händen der Kommanden, und ungarische Truppen seien aus der gut ausgebauten Verteidigung beurlaubt und hätten die christlich-katholischen mitgenommen. In Budapest sei jedoch die volle Ausrüstung für die vorhandenen fünfzehn Arbeiterbataillone bereit. So frage er den Arbeiterrat, ob er bereit sei, die Arbeiter zu beurlauben oder ob das Proletariat für seine Disziplin bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wolle. Vereinsterte Ausrufe: Kämpfen! Kämpfen! Kämpfen! dem zu. Wieder die äußere Politik sagte Redner: Wäre die Entente und niederknien! Es ist aber nur für sehr kurze Zeit. Ich hoffe und wünsche, daß ein Friede tatsächlich möglich ist und uns Atem schöpfen läßt. Die Mehrheit der Arbeiterschaft ist für Verteidigung von Budapest bis zum letzten Atemzug. Auf Hinweis Vorredner eines vermeintlichen Ausfalls gegen Kommissar Kun, teilte Kommissar Kun mit, daß die morgen abgehenden Arbeiterbataillone nicht gemacht seien; die Mitglieder des Arbeiterrates sollten sich in Gruppen zu fünfzehn an deren Spitze stellen. Nun schloß mit der Aufforderung, jeder Waffenschlag möge zu den Waffen eilen.

Kommissar Kun sprach über die bewaffneten Kräfte von Budapest und erklärte, die Arbeiterklasse müsse entschlossen und tapfer die Verteidigung des sozialistischen Staates ausführen. Er verteilte jede Zusammenrottung von mehr als drei Personen auf der Straße. Arbeiter und Händler sind an Ort und Stelle zu erscheinen; jede Patronen- und Munitionskarte, die nicht so vorbestimmt wird, wird als Revolutionsgegenstand angesehen. Versammlungen, auch in Privaträumen, sind verboten. Polizeistunde und Schlußzeit abends 8 Uhr. Nach 9 Uhr abends darf niemand auf die Straße.

Allgemeine Mobilisierung des Proletariats.

Budapest, 3. Mai. (Meldung des ungar. Tel.-Korr.-Bureaus.) Die revolutionäre Räteregierung erläßt folgenden Mobilisierungsbefehl: Zur Rettung der Proletariatsrevolution ordnen wir die allgemeine Mobilisierung des Proletariats an. Jeder militärisch ausgebildete Proletarier hat unverzüglich am Frontdienst einzutreten. Jeder militärisch nicht ausgebildete Arbeiter wird entweder in Ausbildungsbataillone eingeteilt, oder ist verpflichtet, Befestigungsarbeiten zu verrichten.

Budapest erklären wir mit dem heutigen Tage als Operationsgebiet. Wir rufen das Proletariat auf, seine Pflicht bis zum Äußersten zu tun.

Die Lage der ungarischen Räteregierung aussichtslos.

Wien, 3. Mai. Die militärische Lage in Ungarn ist nach dem Ueberstreichen der Reich durch die rumänischen Truppen für die Budapest Räteregierung trotz der Anweisung der letzten Arbeiterbataillone aussichtslos geworden. Die fertige Donaufrontlinie kann sehr schnell Budapest erreichen und auch die tschechoslowakischen Truppen stehen nur noch 30 Kilometer von der Hauptstadt entfernt und können in einem Tagemarsch eintreffen.

Deutschland.

Die Wünsche der Bauernräte.

Berlin, 3. Mai. Es heute versammelten Vertreter der B- und L-Räte aus den Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Westpreußen, Sachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Hannover, den Thüringischen Staaten und dem Freistaat Sachsen haben eine Entschließung angenommen, wonach sie für die Neugestaltung der Berufsvertretung im Räteystem, die Zusammenfassung der gesamten Landbevölkerung in einheitlichen Vertretungskörpern der Landwirtschaft für erforderlich halten. Die B- und L-Räte erwarten, daß bei der gesetzlichen Gestaltung des Räteystems den Sonderverhältnissen des Landes voll Rechnung getragen und daß den B- und L-Räten Gelegenheit zur Wahrung der Interessen der Landbevölkerung gegeben wird. Die bisher bekanntgewordenen Entwürfe entsprechen den Bedürfnissen des platten Landes nicht.

Abreise der Türken aus Deutschland.

Hundertfünfundzwanzig türkische Staatsangehörige, die durch Vermittlung der türkischen Botschaft aus allen Teilen Deutschlands zusammenbezogen sind, trafen gestern in zwei Extrazügen von Berlin kommend in Hamburg ein und haben am Nachmittag mit dem türkischen Dampfer M. Deniz die Reise nach Konstantinopel angetreten.

Ende des Papier-Skandals?

Die Kontingentierung von Zeitungsdrukpapier und Papier zu Verlagszwecken soll dem Berechnen nach vom 1. Juli an aufgehoben werden.

Auch eine Begründung.

Das neue Verbot der Republik wird von der Regierung damit begründet, daß das Wahlrecht die Freiheit dann noch gebracht hätte, daß sich bewaffnete Regierungssoldaten am 1. Mai in 304 unter die Waffen setzten würden, als eine Ablegungsnotwendigkeit erschienen war. Die Abgeordneten hätten von der Ablegungsnotwendigkeit Kenntnis genommen, die Republik aber hätte die gleiche Meinung noch am anderen Morgen verbreitet. Dieses Verfahren — so schreiben die Volksstimmen Partei-Nachrichten — hat das Verbot herbeigeführt. Ah, wenn ein Blatt nicht an ein offizielles Dementi glaubt, dann verhält sich schon ein Verbot. Was für jämmerliche Klümpchen waren die Militärgewaltigen während des Krieges in der Pressebelagerung gegen ihre „sozialdemokratischen“ Nachfolger.

Ein neues Zeitungsviertel.

Die Tageszeitung Volksstimme, das Organ der unabh. Sozialdemokratischen Partei, hat folgenden Militärrat erhalten: Durch Korps v. Veramann Io vom 30. April ist das Erscheinen und Verbreiten der Volksstimme im Stadt- und Landkreis Hagen und Schwelm wegen Bedens gegen die Reglerungsstruppen bis auf weiteres verboten.

Der britische Militärbesatzungshaber: Lichtschlag, Hauptmann. Die Organe der Arbeiterschaft werden durch die gegenrevolutionäre Militärdiktatur unterdrückt, während bürgerliche Deputierte vom Schlage der „Republikaner“ täglich immer frecher im Sinne der Gegenrevolution arbeiten.

Nunmehr wieder Zeitungsviertel. Das Erscheinen der Berliner Republik ist auf Befehl des Reichswehrministers Roske am 2. Mai erneut verboten worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Friedensgesellschaft Deutsch-Oesterreichs. Wien, 4. Mai. Die deutsch-oesterreichliche Friedensgesellschaft, die den 12. Mai in St. Germain eintritt, wird aus 20 Personen bestehen. Mit der Führung der Verhandlungen ist der ehemalige Justizminister Dr. Franz Klein betraut.

Italienische Vorbereitungen.

Spanien, 4. Mai. Aus Paris und Genéve wird berichtet, daß die Italiener große Transporte von Militär- und Kriegsmaterial aller Art ausführen. Die Streitkräfte werden im Osten des Landes konzentriert. Die Berge und Pässe werden besetzt.

Wirtschaftliches.

Wirtschaftliche Obstruktion der Regierung.

Die Reichsregierung arbeitet mit voller Absicht dem Kapitalismus in die Hände. Zu einem andern Schluß zu kommen, ist unmöglich, wenn man ihre Wirtschaftspolitik näher betrachtet. Anstatt mit Kraft und Energie geeignete Personen an die entsprechenden Stellen zu stellen, scheint sie mit ganz besonderer Hingabe Leute herauszusuchen, die die wirtschaftliche Aufgabe der Regierung so schlecht als nur möglich lösen und so den Vertretern der kapitalistischen Produktionsweise Wasser auf die Mühlen leiten. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht zum Beispiel dafür eine Mitteilung der Frankfurter Geschäftsstelle des Reichsverbands deutscher Fischhändler, in der es heißt:

Der Herr Reichskommissar für die Fischversorgung hat jetzt wenigstens erreicht, daß Fische aus Holland hereinkommen, deren Preise leider höher sind als die Schleichhandelspreise für Rind- und Kalbfleisch. Zur Verringerung der hohen Preise wurde von den städtischen Lebensmittelämtern der niedrige Stand unserer Valuta angegeben. Aus nachstehender holländischer Zuteilung ist zu erkennen, daß außer der Valuta noch ganz andere Faktoren mitsprechen. Es ist in der Zuteilung:

Zu prompter Erziehung Ihres lieben erhaltenen Schreibens teile ich Ihnen mit, daß die deutsche Regierung zu nachstehenden Preisen, die nur ein Kalte machen kann, mit den hiesigen Händlern kontrahiert hat.

	Von unserer Regierung bezahlt	Marktpreis in Amsterdam, das 80 Proz. aller Einfuhrn betragen	Höchstes Marktpreis überzahlt um Proz.
Großer Schellfisch	42.50	28-32	33
Großmittel Schellfisch	37.-	28-30	28
Großer Kaviar	35.-	18-22	60
Großmittel Kaviar	35.-	16-20	75
Großer Schollen	32.50	28-32	62
Mittel Schollen	41.20	32-35	17
Kleiner Schollen	41.20	32-35	17
Steinbutt alle Größen	92.50	—	—
groß	—	70-80	—
mittel	—	60-65	—
klein	—	40-50	—
Seesungen groß	120.-	60-70	71
mittel	127.50	60-80	52
klein	125.-	60-90	40

Die Vertreter des Herrn Reichskommissars haben also in vier Fällen 60 bis 70 Proz., in drei Fällen 80 bis 90 Proz. und in zwei Fällen 17 bis 20 Proz. über den Marktpreis hinaus bezahlt, ganz abgesehen von der sachmässig unqualifizierbaren Bewilligung eines Einheitspreises für Steinbutt aller Größen, der trotzdem noch über den Marktpreis für große Steinbutt um 12 1/2 Gulden hinausgeht. Es ist dabei zu bedenken, daß der Marktpreis für kleine Steinbutt nur 50 Gulden betrug, so daß wir wahrscheinlich nur kleine Steinbutt erhalten. Dabei verdienen die Holländer dann noch mehr. Es dürfte wohl die Frage erlaubt sein, wer denn diesen Vertrag abgeschlossen hat, der uns um ungeheure Beträge schädigt, die größtenteils mit Kohlen und sonstigen Bodenschätzen bezahlt werden müssen. Zu diesen Ueberpreisen treten noch die Kosten der Zwischenstellen: Uebernahmengesellschaft, Bezirks- und städtische Verteilungsstellen. Von dieser erhalten dann endlich die Fischhändler ihre Ware.

Man kann nur annehmen, daß diese Methode des Einkaufs absichtlich betrieben wird, um die Sozialisierungs-idee nach Kräften zu diskreditieren. Die „sozialistische“ Regierung obstruiert gegen den Sozialismus!

Konferenz der Arbeiterräte und Gemeindevertreter der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Die 17 gestrigen vormittags nach dem Goldhaus einberufene Konferenz der Arbeiterräte und Gemeindevertreter nahm zunächst Stellung zu der geplanten Veseitigung der Arbeiterräte der Amtshauptmannschaft. Genosse Denhardt legte dar, daß man an maßgebender Stelle bei der Amtshauptmannschaft bestrebt sei, den Arbeitererrat immer mehr auszuscheiden und dessen ungenügende Kontrolle zu beseitigen. Vermutlich habe der Amtshauptmann selbst beim Ministerium einen Vorstoß in dieser Richtung unternommen. Das sei zu schließen aus einem Schreiben des Ministeriums, das dem Arbeitererrat „erlaubt“, auch ferner die Kontrolle in den verschiedenen Ressorts der Amtshauptmannschaft und im Bezirksausschuß auszuüben. Die Kontrolle solle aber nur von einer Person ausgeübt werden, weil die Kosten zu hoch wären. Eine „Kontrolle“ durch eine Person sei aber ganz unmöglich, zumal die Erfahrung lehre, daß sich der Arbeitererrat in verschiedenen Dingen, z. B. der Nahrungsmittelversorgung, nicht auf die Mitwirkung der Verbraucher verlassen könne. Das habe der Amtshauptmann von Jind selbst anerkannt. Trotzdem habe der jetzige Amtshauptmann nach dem Eintreffen des ministeriellen Schreibens dem Arbeitererrat sofort die Mittel gesperrt. Erst durch persönliche Mühsal mit dem Minister Ulrich habe diese Maßnahme rückgängig gemacht werden können. Gleichzeitig habe der Minister Vorschläge für den vom Bezirksausschuß verlangten Ausbau der Kontrolle mitgeteilt. Nach den weiteren Darlegungen des Ge-

nossen Denhardt soll der Ausbau in folgender Weise geschehen: Dem Arbeitererrat sollen endlich alle von der Amtshauptmannschaft eingehenden Verfügungen vorgelegt werden. In Besprechungen zwischen der Amtshauptmannschaft und den Gemeindevorständen sollen stets Vertreter des Arbeiterrats zugezogen werden. Dem Arbeitererrat soll mehr Einfluß auf Lebensmittelverteilung gewährt werden. Insbesondere soll ihm alles Material über den Einkauf und die Verteilung vorgelegt werden. Ferner soll der Arbeitererrat bei der Durchführung der zu erwartenden Besetze über die Gemeindeverwaltung, den Volksschulbau, die Sozialversicherung usw. zur Mitwirkung herangezogen werden. Diese Mitwirkung sei unbedingt notwendig, da der Amtshauptmann wiederholt — z. B. bei den Gemeindevahlen und in der Gemeindevahlfrage — das Gegenteil von dem getan habe, was die ministeriellen Verfügungen verlangten. In der anschließenden, sehr ausgedehnten Debatte stimmte man dem Genossen Denhardt im allgemeinen zu. Mit aller Deutlichkeit wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß man sich gegen einen Abbau der Rechte der Arbeiterräte mit aller Entschiedenheit wenden müsse. Von einigen Rednern wurde hervorgehoben, daß der Arbeitererrat selbst schon zu viel nachgegeben habe, er hätte den Annahmen des Amtshauptmanns energischer entgegenzutreten müssen. Einig war man sich darüber, daß nicht eine Einschränkung, sondern ein Ausbau des Kontrollrechts gefordert werden muß. Die Verantwortlichkeit des Ausbaus wurde durch mehrere Vorwände nachgewiesen. Besonders wurden über die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung und die ungerechte Verteilung bittere Klagen erhoben. Dabei kritisierte man scharf die Tätigkeit des Dezernenten Dr. Dorte und des Sekretärs Denschel und forderte eine strengere Kontrolle der Bezugsstellen. Auch über das Ausbleiben und die späte Verteilung der ausländischen Nahrungsmittel wurde Beschwerde geführt. Scharfe Kritik übte man an dem Verhalten der Beamten während des Generalstreiks und auch an der Haltung der Regierung. Besonders bemerkenswert waren die Mitteilungen des Genossen Scheib, daß jetzt die alte politische Polizei wieder in Funktion trete, um auf Anweisung der Regierung alle Verfügungen in rechtsunwirksamen Belagerungszustand auszusprechen und b' Staatsanwaltschaft anzulegen. Die lange Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

Die am 4. Mai 1919 im Volkshaus tagende Gemeindevorstandskonferenz der Amtshauptmannschaft stellt die Forderung, daß derselben tätigen Arbeiterrat weitgehende Kontrollrechte übertragen werden. Die ständige Beaufsichtigung des Selbstverwaltungsorgans der Gemeinden, die Mithilfe bei der Lebensmittelversorgung usw. bedingen eine härtere und maßgebendere Mitwirkung des neuen Vertreters der Arbeiterschaft am gesellschaftlichen Ausschluß der Gemeindevorstände. Die Konferenz verlangt eine Erweite-ung des Kontrollrechtes der Arbeiterräte im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft. Sie fordert daher vom Ministerium, daß das Kontrollrecht bei der Amtshauptmannschaft verbleibe wie bisher, sich weiterhin von vier Personen ausüben wird. Auch die Teilnahme der Bezirksvertrauensleute an den Sitzungen des Bezugsausschusses hält die Konferenz für unumgänglich notwendig. Um eine wirksame Kontrolle ausüben zu können, verlangt die Konferenz, daß 1. dem Arbeitererrat von allen an die Gemeindevorstände gerichteten Verfügungen und Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft eine Kopie überlassen wird, 2. daß der wöchentliche Verteilungsplan der Lebensmittel dem Arbeitererrat abschließend zugestellt werde, so daß bei Besprechungen und Konferenzen mit den Gemeindevorständen der Arbeitererrat hinzugezogen wird, auch wenn diese Besprechungen außerhalb des amtshauptmannschaftlichen Gebäudes stattfinden.

Dann referierte Genosse Denhardt über die kommenden Besetze über die Gemeindeverwaltung. Er verwies einleitend auf die durchgeführte „Reform“ der Erwerbslosenunterstützung, die für die Arbeiterräte verschiedene Verschlechterungen gebracht habe. Mit Rücksicht auf den Arbeitererrat gelungen, die schlimmsten davon abzuwenden. Dann befaßigte er sich mit den angeordneten Wahlen der Bauern- und Landarbeiterräte, die in den meisten Gemeinden nicht stattgefunden hätten. Da diese Wahlen einen großen Einfluß auf die Volkswirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter und auf die landwirtschaftliche Produktion ausüben könnten, sei ihre Wahl von Wichtigkeit. Sollten diese Wahlen ihre Funktion nicht erfüllen, müsse das Landproletariat, das heute vom Revolutionsgedanken kaum berührt sei, organisiert und aufgestellt werden. Die Organisation und Revolutionsierung der Landarbeiter sei auch notwendig, weil das Großstadtproletariat allein die revolutionären Erzeugnisse nicht schlucken könne. Weiter wünschte der Redner ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Arbeitererrat und Partei und ferner zwischen Arbeitererrat und den Vertretern in den einzelnen Gemeinden. Besonders sollen in allen Gemeinden Genossen bestimmt werden, mit denen der Arbeitererrat in ständiger Fühlung bleibe, um Anleitungen zu geben, Material auszutauschen usw. Bei der Durchführung der zu erwartenden Besetze über die Gemeindeverwaltung, über den Ausbau der Schule usw. müsse in den Gemeinden einseitig gearbeitet werden. Auch sollten diese Besetze auf weiteren Konferenzen besprochen werden.

In der folgenden Aussprache wandten sich mehrere Redner mit aller Schärfe gegen Denhardts Ausführungen über die Bauern- und Landarbeiterräte, die im Interesse der Arbeiterschaft entschieden zu bekämpfen seien. Ein besonderer Lieblingssatz sei es, daß für diese mit so wichtigen Funktionen betrauten Körperchaften nur unausgeglichene Landarbeiter, zu denen obendrein die Bauernsöhne gerechnet würden, wählbar seien. Auf keinen Fall dürften die Arbeiterräte und die bestehenden Ortsausschüsse zugunsten der Bauern- und Landarbeiterräte auf ihre Rechte verzichten. Einig war man sich aber darüber, daß die Landarbeiterorganisation gefördert werden müsse. Weiter wurden die Fragen der Schulverbände, des Religionsunterrichts und der besonderen Kirchenhaushaltspläne besprochen, und Richtlinien für die Tätigkeit der Gemeindevorleiter auf diesen Gebieten gefordert. Auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot wurden erörtert. Genosse Denhardt vermahnte nochmals auf die besonderen wichtigen Aufgaben der Landarbeiter- und Bauernräte und bemerkte, man müsse zunächst bemerken, daß diese Körperchaften die ihnen zugewiesenen Aufgaben gar nicht erfüllen könnten. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot können die eingesezten Wohnungskommissionen, die mit großen Machtbefugnissen ausgestattet seien, manches beitragen. Leider sei aber ihre Zahl zu gering. Er empfahl ferner die Unterstüzung der gemeinnützigen Baugesellschaften, die Anstellung von Ortsbaumeistern und die Erleichterung von Bauämtern, sowie die Regierarbeit. Auch wies er darauf hin, daß die Produzenten der Baumaterialien den Wohnungsbau in gewissem Sinne sabotieren.

Beim Punkt „Allgemeine Anwesenheiten“ wurde noch die mangelhafte Kohlenversorgung bemängelt und kurz besprochen.

Aus der Partei.

Der Kampf, die wissenschaftliche Monatschrift unserer österr. Reichlichen Parteigenossen, soll von jetzt an als Wochenchrift unter der Redaktion Dr. Friedrich Adler erscheinen.

Von Nah und Fern.

Erbeben in San Salvador. Neuquén, 2. Mai. (Reuter.) Aus San Salvador wird berichtet, daß bei dem Erbeben am 28. April 75 Personen getötet und über 500 verletzt wurden. Die Stadt und die umliegenden Orte wurden schwer beschädigt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Albert D. e. e. Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Hilfer, Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verband der Deutschen Buchdrucker. Gau Leipzig.

Wittwoch, den 7. Mai, abends 6 Uhr
Gaumitglieder-Versammlung
im Etablissement „Samsouci“.

- Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die stattgefundenen Teuerungszulagen-Verhandlungen vor dem Tarifamt und Stellungnahme hierzu.
 2. Aussprache über die bevorstehende Tarifausschüttung.
- Zum Eintritt berechtigt nur das Gaumitgliedsbuch. Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Der Gauvorstand.
Karl Engelbrecht, 1. Vorsitzender.

Metallarbeiter

Verband
Zur Bildung der Metallarbeiter-Verbande in Leipzig
Zur Bildung der Metallarbeiter-Verbande in Leipzig
Zur Bildung der Metallarbeiter-Verbande in Leipzig

Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr
im Volkshaus:

Ausserordentliche General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Anstellung von 3 Hauskassierern.
 2. Nachwahl zur Ortsverwaltung.
 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress.
 4. Stellungnahme zum Verbandstag.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Osten. Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse! Montag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung in der Silberpappel. Das Ostkomitee.

Schmiede. Vertrauensmännerversammlung findet heute abend nicht statt.

Elektromonteuere und Helfer. Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus: Versammlung der Vertrauensmänner- u. Arbeiterausschüsse.

Schlosseranschläger. Freitag, 9. Mai, abends 7 Uhr: Versammlung im Volkshaus.

Alle vom Militärdienst entlassenen Kollegen müssen sich sofort, spätestens innerhalb 8 Wochen nach erfolgter Entlassung, wieder beim Verband anmelden, wofür sie nicht ihrer bisher erworbenen Rechte verlustig gehen.

Meldung der im Kriegsdienst gefallenen Mitglieder. Die Eltern oder Angehörigen gefallener Mitglieder werden gebeten, weds Vervollständigung der Gefallenen-Liste, im Bureau der genauen Veronanten (Name und Geburtsort) des Gefallenen zu melden.

Militärische Betriebe!

Bericht über das Ergebnis der vom 30. April bis 3. Mai stattgefundenen Tarifverhandlungen mit dem Ministerium für Militärwesen

Wittwoch, 7. Mai, abends 7 Uhr

Neuer Gasthof, Gohlis. Alle im Bürodienst beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten (auch der Rumpfbetriebe) müssen erscheinen.

Verband der Büroangestellten Deutschlands. Sitz Berlin. Ortsgruppe Leipzig.

Verein Ansiedlung „Ost“ Gruppe Markranstädt

Dienstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in der Guten Quelle.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Borsdorf u. Umgeb.

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder des Männerchors (Musik u. Arb.-Eing.-Bundes) und aller Sangeslustigen im Feldschlösschen. Recht zahlreiche und pünktliche Beteiligung erwartet D. B.

Berein für Mutterchutz

beginnt sich jetzt bis auf weiteres: Burgstr. 33, Zwischenschloß (gegenüber: Kaffeehaus). Sprechstunden täglich, außer Sonnabends, von 9-11 Uhr. Telefon: 367.

Leipzig-Ost.

Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr
Öffentliche Versammlung
in den Drei Lilien.

Tagesordnung:
1. Das neue Programm der U. S. P. (Aktionsprogramm). Referent: Genosse Richard Sipinski.
2. Freie Rede.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Funktionäre und solcher Genossen, die sich an Diskussionsarbeiten beteiligen wollen, wünsch!

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8078. Zweigverein Leipzig. Telephon 8078.
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-8 Uhr. Sonnabends von 9-2 Uhr

Stukkateure u. Fliesenleger, Akkordarbeiter, Stelnetreiber und Träger

Wittwoch, den 7. Mai, abends 6 Uhr, im Volkshaus
Sektions-Versammlung.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist Pflicht. Der Vorstand.

Verein Ansiedlung „Ost“

Wittwoch, den 7. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus
Vortrag über Russland m. Lichtbilder-Vorführungen.

Mitglieder mit Angehörigen erscheint vollständig. Gäste willkommen.
Aufnahme neuer Mitglieder kann noch täglich nachmittags im Restaurant Kreuzstrasse 11 erfolgen.

Zum Schulanfang 1919

halten wir in unserm Hauptgeschäft, Lauchaer Str. 19/21, in den Filialen und Filialgeschäften der Vororte vorrätig:

Schulbücher für alle Schulen
Schreibhefte, Tinte, Zeichenblätter, Federn
und alle sonstigen kleinen Lehrgegenstände.

Leipziger Buchdruckerei U. S., Abt. Buchhandlung, Lauchaer Str. 19/21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.
Die Verwaltungsstelle Düsseldorf des Deutschen Metallarbeiterverbandes sucht für Agitation und inneren Dienst

Vier Beamte.

Die in Frage kommenden Beamten müssen rednerisch gewandt sowie auch mit den inneren Verwaltungsarbeiten vertraut sein. Das Gehalt ist geregelt durch die Generalversammlungsbeschlüsse von Breslau und Köln, außerdem wird noch eine drückende Teuerungszulage von 125 Mark monatlich gezahlt. Die Bewerbungen müssen bis zum 15. Mai in den Händen des Kollegen Karl Kronshage, Düsseldorf, Wallstraße 10, I., sich befinden. Aus den Bewerbungen schreiben muß Alter, Beruf und die Dauer der Verbandszugehörigkeit hervorgehen. Es kommen nur Mitglieder in Frage, welche dem Deutschen Metallarbeiterverband fünf Jahre angehören.
Die Verwaltung.



Glyzerol
Schuhcreme
tiefschwarzen • lackartigen
• Hochglanz •
Chem. Fab. Glycerol-Gesellschaft m. b. H.
BERLIN • NO 15

Messe: Zeissig-Haus
Stand 114-116.

Deutsche Schuh- u. Leder-Messe
Stand 229.

Elektr. Anlagen u. Reparaturen
Gebrüder Franz
Leipzig, Lange Straße 41a. Tel. 16407
An- u. Verkauf von Elektromotoren (Kupferwicklung)

Öffentl. Versammlung
Dienstag, 8. Mai, abends 7 Uhr
in Stadt Altenburg, Vindenu
Vortrag des Herrn Th. Mayer:
Das Christentum u. wir
Die Predigten u. Zweifel her-
lich einseit. Freie Anspr. Eintr.
frei. Der Bund d. Konfessionals.

Steuer-Reklamations-
Formular und Berechnung
dazu (Vordruck) zu 15 Pf.
sind zu beziehen durch die
Geschäftsstellen u. Ausdräger
der Leipziger Volkzeitung.

Zahlung 12. bis 17. Mai.
Geld-Lotterie
zu Zwecken des
Landesaussehens
der Vereine von
Roten Kreuz
in Sachsen.
14.207 Losegewinne u. 1 Prämie
ohne Abzug.
Hochgewinn im günstigsten Fall:
100000
Prämie und Hauptgewinn!
Mehr: **75000**
25000
15000
von **10000**
5000
u. s. w.
Lose à 3 Mk. (Postgeld u. Liste
45 Pf.) durch den Hauptvertrieb:
Alexander Hessel
Sachs. Staatslotterie-Einnehmer,
Dresden, Welfenplatz 1.
Postcheckkonto Leipzig 29713.
Verkaufsstellen
durch Plakate kennlich.

Möbel
modern, solid und
preiswert
Möbelhaus
Herm. Fontius
L. Gohlis
Aeuß. Hallische St. 106.

Interale sind nicht an die
Redaktion, son-
dern an die Expedition
d. Zeits. Volkswelt zu richten

Familien-Nachrichten

Dankagung!
Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme
beim Helmaange unseres lieben Vaters
Albert Schäffner
sprechen wir hierdurch allen lieben Verwandten, Bekannten,
Freunden und Hausbewohnern sowie Herrn Pastor Mieschel
unseren herzlichsten Dank aus.
Kurt Schäffner und Frau.

Dank! Helmgesehrt vom Grabe meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters
Thomas Kukral
sagen wir hiermit allen unseren aufrichtigsten Dank
für die Blumen spenden und das letzte Geleit. Be-
sonderen Dank auch seinen Mitarbeitern, Freunden,
Kollegen und Kolleginnen sowie Vorgesetzten in der
Firma Leipziger Baumwollspinnerei, dem Arbeiter-
personal der Stanzerei in der Firma Neßky & Söhne
und allen jenen, welche sonst noch ihr Beileid be-
zeugt haben. Die trauernden Hinterbliebenen
L. Bindena u. den 8. Mai 1919.
Frau Marie verw. Kukral,
Anna Kukral, Franz Kukral, Berta Kukral,
Thomas Kukral, Emilie u. Marie Kukral,
Luci Kukral als Entelin.

Schnell und unerwartet entschlief sanft nach
kurzem Krankenlager am Sonnabend, früh 8 Uhr,
unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater,
der Schriftsetzer
Hermann Meinschenk
im 78. Lebensjahre. Er folgte nach kaum 6 Mon.
seiner lieben Frau.
Richard Meinschenk u. Frau, Halberstadt,
Willy Schattenberg u. Frau, Halberstadt,
Philipp Hillich u. Frau, Berlin,
Fritz Pölsing u. Frau, L. Sellenhausen,
Otto Roll u. Frau, Halberstadt,
Eberhard Langhoff u. Frau, Altranstädt,
Otto Schütte u. Frau, Schölig-Fehrenberg,
Otto Meinschenk u. Frau, Hale a. Harz,
Fritz Schattenberg, L. Bindena u.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 6. Mai,
nachmitt. 4 Uhr, von Altranstädt, Leipziger Str. 6,
aus statt.

Am 3. Mai verstarb im Alter von
76 Jahren unser langjähriger früherer
Mitarbeiter, der Schriftsetzer-Invalid
Hermann Meinschenk.
Wir werden sein Andenken in Ehren
halten.
Leipzig, den 5. Mai 1919.
Geschäftsleitung u. Personal
der Leipziger Buchdruckerei
Aktionsgesellschaft.

An den Folgen seines sich im Felde ausgeprägten
schweren Leidens verschied gestern mein lieber Mann, der
treue sorgende Vater seiner Kinder, Kraftwagenführer
Albert Niederhausen
kurz vor Vollendung seines 37. Lebensjahres.
In tiefer Trauer
Elisa verw. Niederhausen geb. Rausch
und Kinder.
Beerdig. findet Mittwoch 11 Uhr auf dem Südriedhof statt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß
unser guter, lieber Vater, Großvater, Urgroßvater, mein
väterlicher Freund und Wohlthäter, der Gutbesitzer
Wilhelm Sperling
nach langem, schwerem, mit großer Geduld getragenen
Leiden im 88. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies seligen tiefbetrubt an
Die langjährige Witwensfrau
Olga Kodritsch
Wahren, Seitenstraße 7
Familie **Gustav Sperling**
Rastbach bei Chemnitz
Familie **Bruno Flemming**
Wahren, Seitenstraße 5
Willy Sperling
Elis Bajde geb. Sperling
Ludwig Bajde.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. Mai,
nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Heute mittag 12^{1/2} Uhr verschied nach langem, qual-
vollem Leiden, welches er sich im Felde zugewogen hat,
mein einziger, heißgeliebter, braver Sohn, unser
herzensguter, unverwundlicher Bruder und Enkel, der
Edüke Erich Ernst
im 21. Lebensjahre.
Er folgte seinem lieben Vater, dem Tapezierer-
meister Franz Ernst, nach kaum einem Jahre in
die kühle Gruft nach.
L. Bindena u. den 2. Mai 1919.
Dreilindenstraße 24.
In tiefstem Schmerz
Marie verw. Ernst nebst Töchtern
und Großeltern.
Die Beerdigung findet Dienstag, vorm. 1/2 12 Uhr,
vom Trauerhause aus nach dem Vindenuer Fried-
hof statt.

Gott nahm unser liebes, kleines, herzliches
Wölfchen
nach kurzer, schwerer Krankheit wieder zu sich.
L. Bindena u. den 8. Mai 1919.
Schmidt-Rühlstr. 28, I.
Familie Arthur Pörschmann
nebst Angehörigen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Mai.

Stadtverordneten-Fraktion.

Fraktionsführung heute abend 8 Uhr im Restaurant Silberpappel, L.-Volkmarisdorf, Kirchstraße 17.

Redner.

Gemeindevorsteher und andre Parteigenossen, die als Redner über Gemeindepolitik tätig sind oder Referate übernehmen können, werden gebeten, sofort ihre Adresse an Genossen Ruffel, Parteisekretariat, Lauthaer Straße 10, einzusenden, da das Rednerverzeichnis neu gedruckt werden soll. Auch Redner für Ernährungsfragen, politische Rundschau usw. wollen sich für die Agitation auf dem Lande melden.

Bekanntmachungen.

12. Kreis. Oken (Stadt). Dienstag, 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Glockenstr. 4, part., Funktionärsführung. Erscheinen sämtlicher Funktionäre notwendig.

12. Kreis, Westen II. Dienstag, abends 7 Uhr, Funktionärsführung, Restaurant Appenzelber, Poniatowskystraße 3. Erscheinen aller dringend erwünscht. Alle Gruppenführer haben zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Jugendverein Jwanau. Mittwoch, den 7. Mai, Versammlung im Jugendheim. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

„Sie ergänzen die Lügen“.

In ihrer Sonntagsnummer bringen die Leipziger Neuesten Nachrichten eine „Ergänzung der Liste der Leipziger Geiseln“, die nichts anderes ist als eine Ergänzung der Lügen, mit denen der Kampf „gegen die Leipziger Macht-haber“ geführt wird. Erst schreiben die Nachrichten, die Unabhängigen wollen die Geiseln festnehmen. Als dann der Bezirksvorstand der U. S. V. diesen Schwinkel zurückgewiesen hatte, wollten die Nachrichten nichts gegen die Unabhängigen gesagt haben, sie behaupteten vielmehr jetzt: die „Leipziger Macht-haber“ haben die Liste aufgestellt. Darauf erklärt der Leipziger Arbeiterrat, wenn er unter den „ausgesonderten Macht-habern“ gemeint sein sollte, daß ihm von einer derartigen Geiselliste nichts bekannt sei. Man sollte annehmen, daß damit der Schwinkel endgültig erledigt ist, aber weit gefehlt! Die Nachrichten, die soeben in derselben Sache zweimal dreißig gelogen haben und öffentlich als Lügner gebrandmarkt worden sind, übertreffen jetzt ihre eigene Dreistigkeit. Die Erklärung des großen Arbeiterrats, daß ihm nichts von der Geiselliste bekannt ist, hat Genosse Dr. Geyer unterschrieben. Die Nachrichten drucken diese Erklärung mit Geyers Unterschrift ab, und vier Zeilen darunter schreiben die Nachrichten: Die ausgesonderten Macht-haber — vor allen Dingen Dr. Geyer selbst — haben ganz genaue Kenntnis davon, daß eine solche Liste zusammengestellt worden ist!

Gegen solche eisenstrenge Lügenhaftigkeit ist nicht aufzukommen, die kann man nur immer wieder festnageln. Um den Anschein zu erwecken, daß die Liste wirklich vorhanden ist, drucken die Nachrichten dann noch folgende Ergänzung ab:

In Stelle von Herrn Kommerzienrat Raimund Giesecke ist gesetzt der Geschäftsführer der Firma Giesecke u. Deorient, Herr von Brand, an Stelle von Generaldirektor Hupfeld Herr Direktor Diemann, an Stelle von Herrn Konsul Paul Derfurth Herr Scheimer Hofrat Edgar Derfurth. Ferner sind neu auf die Liste gesetzt: Polizeidirektor A. F. Wagner, Bürgermeister Weber, Stadtrat Seifert, Verleger Dr. Peter Reinhold, Verleger Gottlob Krowitz, Rechtsanwalt Dr. Joseph und Raat Goeck. Amtshauptmann von Jind ist dagegen auf der Liste nicht vorhanden.

Man fragt sich unwillkürlich, wie können sich Männer, die als Journalisten im öffentlichen Leben stehen, zu solchen Lügenbeuteleien herabwürdigen. Die Erklärung dazu ist der Zweck, der mit diesem Schwindel verfolgt wird. Die Ordnungsmenge kennt keine moralischen Skrupel, wenn es gilt, ihrem Zweck zu dienen, und den Zweck der Uebung erfüllen die Nachrichten im Leitartikel derselben Sonntagsnummer. Es heißt da:

Die Worte von Männern geben die einbringliche Lehre und lehren es und gellen in die Ohren, daß man nicht gerahmt werden darf, wenn kommunistische Macht-haber, die den Kampf um die „Macht der Proletartats“ wollen vielleicht an einem anderen Orte realisieren wollen und Geiseln festsetzen, daß wir nicht abwarten dürfen, was aus der Sache wird, sondern daß die Festnahme solcher Geiseln überhaupt nicht erfolgen darf. In Leipzig ist man mit der Drohung, in solchen Fälle die Betriebe einfach zu schließen, auf dem rechten Wege. Und dabei muß auf eine Unterstützung der Regierung zu rechnen sein.

Roske hilft! Das ist der Zweck der Uebung! Die Nachrichten sind die Vorführer in dieser zielbewußten, schamlos verlogenen Hege, aber sie erhalten Unterstützung in der „Freien“ Presse, die zu dem Lügen Schwindel schreibt:

Im übrigen ist ja bekannt, daß die Unabhängigen stets von Lüge und Verleumdung sprechen, wenn einer ihrer dunkeln Pläne aufgedeckt worden ist.

Den Nachrichten gefällt die Unterstützung ihrer sauberen Pläne durch die „Freie“ Presse so gut, daß sie den ganzen Schwanz aus dem gelben Fleisch, die Nachrichten und die „Freie“ Presse.

Unter dem 5. Mai ist den Nachrichten folgende Berichtigung zugegangen:

An die Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten, Leipzig. Ich erlaube Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß ich genau Kenntnis davon habe, daß eine Geiselliste zusammengestellt worden ist, nachdem die Vertrauensmänner der einzelnen Stadtbezirke und Funktionäre einzelner Betriebe die Namen in Vorschlag gebracht haben.

Wahr ist vielmehr, daß mir von einer solchen Geiselliste nichts bekannt ist.

Dr. Curt Geyer.

Die Demokraten Leipzigs zum Frieden.

Der gesamte Vorstand der Deutschen demokratischen Partei in Leipzig hat folgende Entschlüsse gefaßt: Der Gesamtvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Leipzig richtet an die deutschen Unterhändler in Versailles und an die Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung die bringende Aufforderung, keinen Frieden anzunehmen, der uns unerfüllbare Bedingungen auferlegt und für unser Volkstum und unser Wirtschaftsleben unüberwindliche Gebiete preisgibt. Das neue Deutschland darf nur einen Frieden annehmen, den es ehrlich erfüllen kann, und der daher die sichere Grundlage eines wirklichen und dauernden Friedenszustandes in Europa werden kann.

nehmen, der uns unerfüllbare Bedingungen auferlegt und für unser Volkstum und unser Wirtschaftsleben unüberwindliche Gebiete preisgibt. Das neue Deutschland darf nur einen Frieden annehmen, den es ehrlich erfüllen kann, und der daher die sichere Grundlage eines wirklichen und dauernden Friedenszustandes in Europa werden kann.

Diese Entschlüsse sind ein Blatt Papier mehr, mit dem der Nachwille des Ententeallianzimus sein Spiel treiben wird. Warum haben die bürgerlichen Herrschaften keine solchen kräftigen Töne gefunden, als es noch Zeit war zu einem glänzigen Frieden? Das konnten sie ebensowenig wie den Ausbruch des Krieges verantworten, denn damals ging's ums Geschäft. Auch heute ist der „dauernde Friedenszustand“ nichts anderes als der Wille zur Aufrechterhaltung des dauernden Ausbeutungszustandes.

Kommunistische Anträge.

In der öffentlichen Sitzung des Großen Leipziger Arbeiterrats vom 2. Mai wurden von den Kommunisten folgende Anträge gestellt: Der Große Arbeiterrat beschließt:

Verleiht die Reichsregierung oder das kaiserliche Ministerium die Durchführung des Belagerungszustandes mit Hilfe von Militärtruppen zu erzwingen, so wird sofort der Generalkrieg proklamiert. Das Präsidium wird beauftragt, sofort die Verbindung mit den übrigen Städten Sachsens aufzunehmen, um eine gemeinsame Aktion im ganzen Lande vorzubereiten.

Als Streikforderung gelten folgende: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes. 2. Freilassung der politischen Gefangenen und Niederschlagung aller politischen Verfahren.

3. a) Auflösung der Freiwilligerverbände und Entaffung des Bürgerarms und der Offiziere. Bewaffnung des Proletariats. b) Zurückziehung der Truppen aus München und den übrigen bayerischen Städten.

4. Den Betriebs- und Arbeiterräten ist über Regelung der Arbeitsverhältnisse, sowie Art und Umfang der Produktion das Bestimmungsrecht einzuräumen.

5. Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland und Ungarn.

Das Präsidium ist verpflichtet, sobald es die Situation notwendig macht, den Großen Arbeiterrat zusammenzubekommen.

Wir drucken diese Anträge aus der Notwendigkeit ab. Die Notwendigkeit hat den Antrag unter 4. sagen wir schonungslos: „redigiert“. Der Originalantrag, der dem Präsidium des Großen Arbeiterrats eingereicht wurde, verlangte für die Arbeiter nicht das Bestimmungsrecht, sondern nur das Mitbestimmungsrecht. Die großen kommunistischen Beschlüsse, die im Arbeiterrat liegen, haben erst durch die Kritik der Unabhängigen gemerkt, wie fahrlässig ihr Antrag ist, zumal die Fraktion der unabhängigen Arbeiterräte am Freitag beschloß, den unzulänglichen Antrag der Kommunisten dahin abzuändern, daß das Bestimmungsrecht der Arbeiter verlangt werden muß. Wahrscheinlich haben die Kommunisten von diesem Beschluß erfahren, daher haben sie schnell den Antrag „redigiert“. Der Vorgang beleuchtet die „rabidale Arbeit“ der Kommunisten.

Ratsbeschlüsse.

Unterstützung der Kinderbewohnstätten beim Bezug von ausländischen Lebensmitteln. In Anerkennung der Notwendigkeit, die Kinderbewohnstätten in die Lage zu setzen, auch die nunmehr zur Ausgabe gelangenden teureren Lebensmittel, die die Entente liefert, zu erwerben, wurden 500000 Mk. Berechnungsgeld bewilligt, die das Präsidium in der Form von Gutscheinen den Kinderbewohnstätten, die nach bestimmten Grundrissen der Reichsliste bedürfen, auszugeben soll.

Die Gemeinnützige Baugesellschaft beabsichtigt, in ihre Häuser in Leipzig-Ehrlich, vielsachen Wünschen ihrer Mieter entsprechend, die Gasleitung legen zu lassen. Da ihr hierzu die Mittel fehlten, wurde beschlossen, der Gesellschaft ein Darlehen von 100000 Mk. gegen hypothetische Verpfändung des ihr zusehenden Erbaurechtes zu gewähren. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Landaufenthalt für Kinder. Um auch in diesem Jahre den Kindern Bedürftiger Gelegenheit zu geben, sich durch einen längeren Landaufenthalt zu kräftigen, wurde ein Berechnungsgeld von 150000 Mk. bewilligt. Außerdem sollen die von 1918 noch zur Verfügung stehenden 40000 Mk. mit verbraucht werden. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Badeanstalt Schönefeld. Für die Instandsetzung und Erweiterung des Fluss-, Luft- und Sonnenbades in Schönefeld waren 20500 Mk. bewilligt worden. Bei der jetzt vorgenommenen Ausschreibung der Arbeiten hat sich bei Zurundelegung der Angebote der Mindestfordernden ergeben, daß die Arbeiten um rund 12400 Mk. teurer zu stehen kommen. Dieser Betrag wurde nachbewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Kat und Vollgelam. Bei Beratung über die Befegung der Vollgeleitstelle ist angeregt worden, das Vollgelam in unmittelbarer Verbindung mit dem Kat zu bringen, so daß das gesamte Vollgelam dem Kat übertragen und das Vollgelam nur eine Abteilung des Kates wird. Um das zu erreichen, ist das Ortsstatut der Stadt Leipzig in mehrfacher Beziehung zu ändern. Man beschloß, diese Änderungen vorzunehmen und den Stadtverordneten entsprechende Vorlage zu machen. Die Leitung des Vollgelamtes wird danach nicht mehr einem Vollgeleitdirektor, sondern einem besoldeten Stadtrat übertragen; die hervorgehobenen Ratsstellen sollen von drei auf vier vermehrt werden.

Eine Stadtverordnetensitzung

findet wieder am nächsten Mittwoch, abends 5 Uhr, statt. Die Tagesordnung umfaßt 20 Punkte. Unter anderem soll beraten werden über den Antrag wegen der Auszahlung der Kriegs-, Armen- und Arbeitslosenunterstützung, sowie der Einlegung von Betriebsräten für die städtischen Verwaltungsabteilungen, über eine Eingabe wegen der Eingriffe in die Freiheit Leipziger Betriebe, über eine Eingabe wegen der Sonntagsruhe im Handels-gewerbe, über: die Neugestaltung des Volkshauswesens über Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die in der Familie verbleibenden Mädchen usw., über Umgestaltung des Einiennekes der Straßenbahn.

Rentenzuschläge.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. 12. 18 werden, wie bekannt, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 an allen auf Grund von Erwerbsschuldigkeit verpfändungsberechtigten Militärpersonen der Unterklasse Rentenzuschläge gewährt. Die Bewilligung der Auszahlung dieser Zuschläge wird sich zwar aus technischen Gründen in vielen Fällen noch einige Zeit verzögern, erfolgt aber in jedem Falle von Amts wegen, also ohne daß es dazu besonderer Anträge bedarf. Auch die bisher schon (seit 1. 7. 1918) ausstehenden Renten-zuschläge sollten von Amts wegen bewilligt und ausbezahlt werden. Dies hat aber, weil — im Gegensatz zu den neuen Renten-zuschlägen — nur ein begrenzter Personenkreis in Frage kam und daher die Einpfändungsberechtigung von gewissen Voraussetzungen abhing, deren Vorliegen den militärischen Dienststellen nicht immer ohne weiteres bekannt war, in einzelnen Ausnahmefällen leider nicht geschehen können. Allen denjenigen, die hierauf noch Anspruch auf die ersten Renten-zuschläge zu haben glauben, wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage ihrer Militärpapiere mit einem entsprechenden Antrag an die Versorgungsabteilung des für sie zuständigen Bezirkskommandos zu wenden.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 6. Mai.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Leigwaren: Vester Tag — abzugeben 5 B und K der Lebensmittelkarte Reihe F (125 Gramm), Fleischmarkenreihen N 1-5 (125 Gramm); M 9 und 10 der Erwachsenen-Fleischkarte, M 5 der Kinder-Fleischkarte (je 20 Gramm). Amerikanisches oder inländisches Mehl: Vester Tag — abzugeben linke Hälfte des Kartenortes der Lebensmittelkarte Reihe F und Marken S 1 U, S 2 U, S 3 U der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3 (G 2) (250 Gramm). Eier: Vester Tag — abzugeben Eiermarke J 6 (55 Pfg.). Ausgabe. Nahrungsmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — besteht mit den Marken mit der Ziffer 2 der Lebensmittelkarte S 1, S 2, S 3. Nahrungsmittel für Schwangere usw.: Beginn — besteht mit SN 5-6 der Sonder-Lebensmittelkarte G 1. Ausgabe von Lebensmittel- und Kohlenkarten: Nr. 751-1000 der Haushaltkarte.

Für Händler.

Milch: Milchartenablieferung durch die Milchhändler Nr. 251 bis 500. Margarine und Butter: Bezugscheinanfrage durch die Großhändler.

Wieder Gasperktruden. Der Not hat infolge der mangelhaften Zufuhr von Gaslohe befohlen, mit Wirkung vom Dienstag, dem 6. Mai an, wieder Gasperktruden einzuführen. Als Sperrzeit wurden die Stunden von 7-8 1/2 Uhr vormittags und von 1/2-7 Uhr nachmittags bestimmt.

Ablieferung der Bezugscheine. Die Inhaber von Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren, Konfektionsgeschäften, Modeschneidereien sowie Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibende und alle sonstigen Gewerbetreibende, die mit solchen Waren Kleinhandel treiben oder sie verarbeiten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die im Laufe des verflossenen Monats gemammelten Bezugscheine durch deutlichen Vermerk oder Lochen unbenutzten ungenützlich zu machen und in den ersten Tagen des neuen Monats an die Gemeindebehörde des Wohnorts des Verkäufers — b. i. für den hiesigen Stadtbezirk die Kreisabteilungsstelle, Reue, Rathaus, Zimmer 203 — abzuliefern haben. Der Bezugschein nicht sofort nach Empfang ungenützlich macht, setzt sich der Belästigung aus. Bezugscheine, auf die Reichsware abgegeben worden ist, sind mit dem Freigebiet versehen an die Reichswareverwertungsgesellschaft — Abteilung Neumarkt — Nikolaisplatz 12/14 abzuliefern. Wer keine Bezugscheine abzuliefern hat, hat Freigebiet zu erhitzen.

Zur Regelung der Brennstoffverteilung teilt uns eine Leserin mit, daß es für die, welche kein Gas besitzen, ganz unumgänglich ist, mit 40 Zentnern Kohlen auszukommen. Sie müssen früh 1/2 Uhr schon Feuer machen, um Kaffee zu kochen. Dann kommt die Zubereitung des Mittags- und Abendessens. Auch heizen soll man während der kalten Jahreszeit. Da reichen 40 Zentner nicht aus. Ich denke noch an das große Herzleid vom vorigen Jahre. Kam im Dezember nieder. Mußte, wegen Kohlenmangel, in die Klinik. Als ich nach Hause kam, ging es mir sehr traurig. Hatte mich erkältet, da ich nicht ein Brett hatte. Ich bekam die Grippe, mußte im kalten Zimmer mit meinem 10 Tage alten Kinde liegen. Das Kind wurde natürlich auch erkrankt und ich bekam nebenbei eine schlimme Brust, so daß ich operiert werden mußte. Nach 14 Tagen starb das Kind. Hätten wir Kohlen gehabt, so hätte ich nicht so viel zu leiden gehabt und mein Kind wäre mir erhalten geblieben. Also es wäre höchste Zeit, erst an die zu denken, welche kein Gas haben.

Wie es gemacht wird. Das dem Unternehmertum der Lichtkumbentag schon lange ein Dorn im Auge ist, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Es werden alle Mittel angewandt, die abschließende Arbeitszeit zu durchbrechen. So hat die Firma Holten & Co. vor den Osterferien das Personal um eine Stunde länger arbeiten lassen, angeblich wegen zu vieler Arbeit. Diese Überstunde wird aber nach den Feiertagen, trotzdem nicht genügend Arbeit vorhanden ist, beibehalten. Da die meisten der dort arbeitenden Schneider und Schneiderinnen keinerlei Organisation angehörend, ist den Nachschaffern der Firma auch kein nennenswerter Widerstand entgegen gesetzt worden. Es müssen alle schönen Gesetze nicht, die Arbeiterkraft muß sich selbst helfen.

In den 18 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 2. bis 20. April infolge Schließung am 2. und 8. Osterfesttag die Speiseabgabe auf rund 54500 Mahlzeiten gegenüber rund 67000 in der Karwoche.

Verbot von Lebensmittelauflagen. Das Gewerbeamt schreibt uns: Es ist zu beobachten gewesen, daß die Bestimmungen des Wirtschaftsministeriums vom 19. April 1919, wonach das öffentliche Ausstellen von bestimmten Nahrungs- und Genussmitteln in Schaufenstern und an Verkaufsständen aller Art verboten ist, nicht allenthalben befolgt werden. Demnachst werden scharfe Kontrollen stattfinden. Gegen die Inhaber der Geschäfte und sonstigen Händler, die dem Verbote zumiderhandeln, wird mit aller Schärfe eingeschritten werden.

Die Abendkurse der Städtischen Schule für Frauenberufe beginnen Montag, den 5. Mai, abends 7 Uhr.

Die Freizeiter veranstalten am Dienstag, um 7 Uhr, in der Stadt Altenburg in Bindenau einen Vortragsabend über: Das Christentum und wir.

Boxkampf. Aus den Kreisen des Arbeiter-Athleten-Bundes wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit finden in der Albertstraße Boxkämpfe statt. Dieser Sport“ wirkt auf das Publikum in stark verwerflicher Weise ein. Vor allen Dingen sollte aber kein bedeutender Arbeiter diese Veranstaltungen besuchen oder gar sich an solchem Boxkampf beteiligen. Die Arbeiterkraft pflegt gesunden Sport auf volkstümlicher Grundlage. Wenn die Arbeiter verschiedenartigen Sport pflegen wollen, dann haben sie in den Arbeiter-Sportvereinen ausreichend Gelegenheit dazu.

Schlachthof. Dienstag, den 6. Mai, von 9 bis 12 Uhr, Nr. 103-105 000. Ausgabe von Knochenbrüheextrakt und Knochenbrühe-würfeln.

Polizeinachtichten.

Zestnahme eines Betrügers. Durch die Leipziger Kriminal-polizei ist in einem hiesigen Hotel der 30 Jahre alte, aus Silesien gebürtige Kaufmann Ludewig festgenommen worden. Während der letzten Kriegsjahre hat er in Kopenhagen eine Darm- und Fett-handlung betrieben, durch deren Betrieb er sich nicht nur einen neuen Einbild in diesen Handelszweig, sondern auch einen sehr hohen Verdienst erworben hatte. Jedoch — wie gewonnen so zerronnen — sah er bald wieder auf dem Erdenboden. Er reiste im letzten halben Jahre in Begleitung einer Frauenperson in ganz Deutschland umher und schwindelte Geschäftsideen vor, daß er eine Darlehens-lana bestimme und sofort größere Posten von Dämen und Zeitun liefern könne, ließ sich, was für ihn natürlich die Hauptsache war, einen Vorkauf auf das zu Rückruhe auszahlen, und zwar betrugen in Höhe von 750 bis zu 14000 Mk. meist Summen von 2000 bis 7500 Mk. Damit hatte sich das Geschäft für ihn in jedem Falle erledigt. Bis jetzt sind ihm bereits nicht weniger als 16 derartige Betrügereien in der Gesamthöhe von 70000 Mk. nachgewiesen worden. Es besteht aber berechtigter Grund zu der Annahme, daß der Schwindler noch weit mehr Opfer gefunden hat. Fernwiegend sind seine Leidtragenden Wurst- und Darlehenshändler. Gegenwärtig ist er wieder vollständig mittellos und hat das durch seine Schwindelerei langte Geld in leichsinniger Weise verbraucht.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 26. April 1919, betr. die Kohlenversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1920, wird hiermit bestimmt:
Die Anträge auf Erteilung von Kohlenbezugscheinen sind bis zum 8. Mai 1919 bei den Gemeindebehörden zu stellen und von diesen bis zum 12. Mai 1919 nach Prüfung und Begutachtung durch die Ortskohlenausschüsse an die Bezirkskohlenstelle einzureichen.
Kohlenbezugscheine kommen in Frage für Wohnungen mit Zentralheizung, für Behörden und Anstalten, für die landwirtschaftlichen und Kleingewerblichen Betriebe (u. a. für Schulen, Kanzleien, Kontore, Bureaus, Laborgeschäfte, Gasthöfe, Spielwiesen, Theater und andre Vergnügungsgaststätten).

Brotverkauf. Die Amtshauptmannschaft muß daran erinnern, daß Brotmarken frühestens erst am Nachmittag vor Beginn der ausgeübten Tätigkeit beliefert werden dürfen. Frühere Belieferung führt zum Ueberverbrauch an Brot und gefährdet die Ernährung der Allgemeinheit.
Die Vorschrift dient also unmittelbar der Bevölkerung. Es wird erwartet, daß diese selbst die Bäcker hierin unterstützt und daß nicht durch unbeschränkte Wünsche und unvernünftige Drängen der Einzelne sich auf Kosten der Allgemeinheit einen Vorteil zu verschaffen sucht.

Vom Ernährungsauschuß der Amtshauptmannschaft.
Im Oktober 1918 richtete der Gemeinderat Paunsdorf an die Amtshauptmannschaft das Ersuchen, den Vorstand der örtlichen Lebensmittelstelle, den Gemeindevorstand, in dem amtshauptmannschaftlichen Ernährungsauschuß aufzunehmen. Bis heute aber ist der Gemeinderat ohne Bescheid geblieben. Der Leiter der amtshauptmannschaftlichen Lebensmittelverteilungsstelle, Dr. Oetzel, hat die ungeheure Aufgabe zugesehen müssen, daß er den Auschuß seit September 1918 — also seit rund acht Monaten — nicht zumengeraufen hat. Dieser autokratische Diktator hat gemeint, die Verantwortung allein tragen zu können für die gesamten Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung des amtshauptmannschaftlichen Bezirks, obgleich bekannt ist, daß die Beschaffung von Lebensmitteln sich von Tag zu Tag schwieriger gestaltet hat. Trotz dieser Tatsache ist der Auschuß, eine neu demokratische Einrichtung von Erzeugern und Verbrauchern, Gemeindevorstellern und solchen der Arbeiterklasse, in dieser langen Zeit von acht Monaten nicht gebildet worden, sondern lediglich ein Autokrat hat angeordnet. Das hat jedenfalls nicht dazu beigetragen, die Lagen über ungenügende Versorgung mit Nahrungsmitteln im Bezirke verkommen zu lassen.

Paunsdorf. Sparkasse. Bei der Sparkasse wurden im April 731 808,08 Mk. eingezahlt und 416 688,26 Mk. erhoben. Das Einlagenkonto hat sich auf 15 1/2 Millionen Mark.

Lieberitz. Sparkasse. Bei der hiesigen Sparkasse wurden im April 2707 Einzahlungen im Betrage von 703 706,70 Mark bewirkt, dagegen erloschen 1002 Rückzahlungen im Betrage von 468 577,20 Mark. Ausgestellt wurden 256 neue Räder, erloschen sind 206. Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3/4 Proz. Kollisionsverfahren und Verwaltung von Wertpapieren. Geschäftzeit: jeden Montag. Der Kassensatz betrug 1 808 117 Mark.

Sächsische Angelegenheiten.
Zur Neuorganisation des höheren Schulwesens haben die Oberlehrer in einer programmatischen Rundgebung Forderungen bekanntgegeben, die sich auf den organischen Ausbau des gesamten sächsischen Schulwesens nach den Forderungen der Wissenschaft und den Bedürfnissen des Volkshauses unter Fernhaltung von parteipolitischen Zwecken und Einflüssen; Neuordnung der Schulverwaltung und der Lehrerrechte beziehen.

Die sächsische Regierung greift zu den verweirtesten Mitteln, um die Revolution abzuschlagen und sich zu halten. Aus Dresden wird gemeldet:
Da im Gegensatz zu den vorigen Jahren ein militärischer Sturm nach der Bekämpfung von Feldblößen nicht gestellt wird, läßt die Regierung jetzt die Gemeinden durch die Amtshauptmannschaften zur Bildung von Vorwehren auffordern, die auch bewaffnet werden sollen. Man ordnet mit diesen Wehren für den Dorf- und Marktschutz auf alle Ueberlieferungen zurück. Nach dem Dreißigjährigen Kriege und nach den Befreiungskriegen wurden in Sachsen bewaffnete Wehren gebildet.
Diese amosen Vorwehren werden natürlich einen reaktionären Charakter tragen. Und das ist auch die Absicht der Regierung. Wenn es sich lediglich darum handelt, die Fluren zu schützen und Feldblößen zu verjähern, gäbe es viel wirksamere Mittel als die Bewaffnung der rückständigen Elemente. Das Bezeichnen aber ist die — Bedrückung; oder es soll wohl mehr eine Einschüchtern sein, wenn sich das Ministerium auf „alte Ueberlieferungen“ beruft. Die mehrheitlich sozialistische Regierung steht wirklich auf der Höhe. Zur „Bekämpfung“ des Belagerungsstandes greift sie auf alte preussische Ueberlieferungen aus den Jahren 1805 und 1807 zurück, und jetzt ist sie gar schon beim dreißigjährigen Kriege angelangt. Womit wird sie uns noch überraschen?

Kommunistische „Vollstöße“.
Wenn der kommunistische Gedanke zu unrecht in Mißkredit gekommen ist, so tragen einige der kommunistischen Führer, die — unbedeutend von Kenntnissen und Erfahrungen — ihre Hauptaufgabe darin setzen, immer radikaler zu scheitern als alle andern und zu diesen Zwecken vor seiner noch so gewagten Ziele zurückzuführen, daran einen beträchtlichen Teil schuld. Zu dieser Spezies gehören auch die Chemnitzer Sozialisten, die durch ein wildes Loben gegen die U. S. P. die Stolzhaft des Chemnitzer Proletariats völlig gelähmt und dadurch dem Sozialismus mehr geschadet als genutzt haben. Dabei weisen sie in ihren Zeitungen und Versammlungsbroschüren mit Phrasen um sich, die wohl nach ihrer Meinung ein Zeichen besonderer Stärke sein sollen, in Wirklichkeit aber nur den Gegnern eine willkommenen Gelegenheit bieten, gegen den Sozialismus zu hetzen.
An der Dienstagnummer des Kampfers wird berichtet, daß sich die sächsischen Minister von Dresden nach Königstein begeben hätten, und daran folgende Bemerkung geknüpft:
In Schandau und Königstein — den „schwarzen Wäldern“ von Prädors früherem Wahlkreis — haben sich die Gradbauer und Konserien einquartiert. Man kann nie wissen, was passiert — und das Schicksal Neuringers schreie. Ihnen ist die Erde in Schandau und Königstein ebenso nahe wie in Dresden.
An sich sind diese blöden Bemerkungen, die mit dem Sozialismus nicht das geringste zu tun haben, nur insoweit beachtlich, als sie Zeugnis ablegen für die neuliche „Ebbe“ des Schreiebers. Und jeder, der die Chemnitzer Kommunistenführer, die Dicker und Genossen kennt, weiß, wie diese Kraftmeierei, hinter der sich politisches Unvermögen zu verbergen sucht, zu werden ist. Um so bezeichnender ist es, daß die mehrheitlichsozialistische Presse die Neuerung bemerkt, um in einem hysterischen Wutausbruch eine wilde Ode gegen die sozialistischen „Nordbuben oder Prusslinge“ vom Stapel zu lassen. Damit ist der unheimliche Teil der Chemnitzer Sozialisten eine übertriebene Verneinung bezeugt. Dennoch wird die Dege von der bürgerlichen Presse natürlich mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen werden.
Im Hinsehen auf solche Erfolge haben die Chemnitzer Kommunistenführer schon Enttäuschtes geäußert, und wir glauben, daß es auch nicht die letzte Gelei gewesen ist, die sie befragen haben. Um so mehr muß die Arbeiterklasse erkennen, daß sie sich mit dieser Art der politischen Prätension nicht läßt. Eine glückliche sozialistische Politik allein ist es, die die Arbeiterklasse vorwärts bringen kann. Diese aber ist nicht von den unklaren kommunistischen Kraftmeiereien und Wuchseln zu erwarten. Der Zusammenschluß in der U. S. P. allein führt die Macht des Proletariats und beschleunigt die Entwicklung zum Sozialismus.

Neue sächsische Abgeordnete für Weimar.
Die Volks-Sächsischer Landesdienst meldet, treten als Nachfolger von Dr. Gradbauer und Bud, die ihre Mandate zur Deutschen Nationalversammlung niedergelegt haben, nach der Wahlen Schriftsteller Edmund Fischer und Parteisekretär Karl Beitzke als Abgeordnete in die Nationalversammlung ein.

Der Steuereuentag im Zwaidauer Revier.
Auf ministerielle Veranlassung; ist vom Vergeme in Freiberg unterm 20. April folgende Verfügung für das Zwaidauer Steuereuentag erlassen worden:
Auf Grund von § 412 des Allgemeinen Verwaltungs-Gesetzes vom 31. August 1910 sowie unter Hinweis auf § 228 der Ausführungsverordnung hierzu vom 20. Dezember 1910 wird in Gemäßheit der Verordnung des Finanzministeriums vom 20. April 1919 zu Nr. 1510 Bergreg. A folgendes bestimmt:
Die regelmäßige städtische Arbeitszeit ausschließlich etwaiger Pausen darf für Arbeiter, die im unterirdischen Grubetriebe des Steinlohnbergbaues beschäftigt sind, bis zum Eintritt der günstigeren Ernährungsverhältnisse die Dauer von sieben Stunden nicht übersteigen. Als Arbeitszeit gilt der Zeitraum von Betreten des Fördergestells an der Hängebank bei der Einfahrt bis zum Wiederbetreten des Fördergestells am Hängeort bei der Ausfahrt.
Diese Vorschrift tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Das Vergeme bestimmt den Zeitpunkt, zu dem sie wieder außer Kraft tritt.

Sächsischer Richtertag.
Am 10. Mai wird in Dresden der sächsische Richtertag zusammenzutreten. Als Beratungsgegenstand steht auf der Tagesordnung: Volksgesichte und Berufsgerichte.

Sozialistische Faktoren.
Aus Chemnitz wird gemeldet: Pastor Schloffer von der Jakobikirche und Pastor Bader von der Gefangenenanstalt sind der sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Ein Tarifauschuß für die sächsische Presse.
Die bürgerlichen Redakteure und Schriftsteller wollen in eine Lohnbewegung einreiten. Der Bezirksverband Dresden der sächsischen Presse hat die Einsetzung eines Tarifauschusses aus den Herren Flach, Herzlein, Dr. Mühlner, Dr. Bonhmann und Zimmermann beschlossen, der sofort einen Mindesttarif für Redakteure und Schriftsteller auszuarbeiten, dem Landesverband der sächsischen Presse vorlegen und dann mit den Verlegern die Verhandlungen führen soll.

Der Regen der „freien Wirtschaft“.
Die Agrarier hören fortgesetzt nach Beseitigung der Zwangsverpflichtung, um die Notlage der Pendlerei noch besser auszunutzen zu können. Mit der Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Bier ist die Probe aufs Exempel gemacht worden, und die Wirkung, die damit erzielt worden ist, kann nur abschreckend wirken. Eine ganze Reihe von Gemeinden haben bereits Schritte unternommen, den jetzigen Zustand zu befestigen und die Nationierung wieder durchzuführen, weil die Verhältnisse unter den neuen Verhältnissen einsehbar unhaltbar geworden sind. In ihrer letzten Sitzung haben sich auch die Stadtverordneten in Plauen im Vogtland mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, den Rat zu eruchen, daß er bei der Regierung für die Wiedererrichtung der Zwangsverpflichtung einträte. Im Laufe der Verhandlung stellte Genosse Schmidt fest, daß die Firma Silberer in der Zeit der Zwangsverpflichtung wöchentlich 80 000 Eier erhielt. Nach Aufhebung der Zwangsverpflichtung sind die Lieferungen ganz rasch zurückgegangen und haben fast ganz aufgehört. In der ersten Woche wurden noch 18 000 Stück geliefert, nur noch 398 und 270 Stück geliefert. Die Eier, die früher den Städten zugeführt und gleichmäßig verteilt wurden, werden jetzt zu bedeutend erhöhten Preisen an die zahlungsfähigen Kreise abgesetzt. Die Armer Bevölkerung geht völlig leer aus. Ein Beispiel dafür, daß der Appell an den guten Willen der Erzeuger ganz nutzlos ist. Die Landwirte sehen sich den Teufel um die Ernährungsgewinnlichkeiten und die Not der Bevölkerung. Hier hilft nur festes Jagierrecht und scharfe Kontrolle.

Eisenbahnunglück bei Posthappel.
Am Freitagnachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich an der Gitterseer Brücke bei Posthappel ein Eisenbahnunglück. Auf der Gitterseer Brücke bei Posthappel ein Eisenbahnunglück. Auf der Gitterseer Brücke bei Posthappel ein Eisenbahnunglück. Auf der Gitterseer Brücke bei Posthappel ein Eisenbahnunglück.

Freiberg. Infolge der herrschenden Wohnungsnot dürfen hier bis auf weiteres Wohnungen im Stadtbezirke an Zustehende von auswärtigen nur mit Genehmigung des Rates vermietet werden. Aufgenommen von dieser Verfügung sind möblierte Zimmer und Schlafstellen.
Plauen im Vogt. Die Stadtverordneten haben die Aufhebung eines ständigen Schularztes beschlossen. Das Infanzariat wurde auf 6000 Mk., steigend alle drei Jahre um 500 Mk. bis 8000 Mk., festgelegt. Dabei wurde auch die Erhaltung eines Stadtgesundheitsamtes als wünschenswert bezeichnet.

Gewerkschaftsbewegung.
Tarfbewegung der Leipziger Holzarbeiter.
Eine am Sonnabend, den 8. Mai, mittags 1 Uhr, im Jellens Keller von etwa 8000 Mitgliebern besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der Lage im Leipziger Holzgewerbe. Zunächst berichtete Wittig über die am 17. April in Berlin stattgehabene Städtekonferenz. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hatte einen Entwurf für einen neuen Tarifvertrag ausgearbeitet. Es begann das öffentliche Feldchen, welches damit endete, daß für Leipzig ab 1. April 1920 eine allgemeine Zulage von 40 Pfg. pro Stunde für Facharbeiter, 35 Pfg. für Hilfsarbeiter und 30 Pfg. für Arbeiterinnen gewährt wurde. Ab 1. Mai 1919 erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine weitere Zulage von 10 Pfg.
Die am 17. April zusammengetretene, aus 85 Orten bestående Städtekonferenz billigte die Haltung der Verhandlungskommission und forderte von ihr bei der Fortsetzung der Verhandlungen an den aufgestellten Forderungen entschieden festzuhalten.
Ueber die örtlichen Verhandlungen berichtet Gahn, daß die Leipziger Unternehmer den Forderungen bisher nicht gefolgt sind. Der Vorsitzende des Säuerverbandes in Leipzig, Herr Hagenau, habe gegen alle Gepflogenheiten Anmeldeung gegeben, ab 17. April nur 25 Pfg. zu zahlen, und die 18 Pfg. vom 15. Februar mit anzuerkennen. Erst durch Verhandlung habe man sich bequemt, ab 1. April 25 Pfg. zu zahlen. Das bedeute eine offensichtliche Umgehung und Verstoßung gegen geltende Vereinbarungen.
Weiter berichtet Herber über die Verhandlung mit den Müllindustriellen am Orte. Obwohl der Vertrag für die Müllindustrie rückwirkende Kraft bis 15. Februar habe, sei er von den Unternehmern noch nicht in allen seinen Teilen anerkannt. Auch hier wies man sich bisher, die festgelegten Teuerungszulagen ab 15. Februar zu gewähren; die Unternehmer hätten sich dazu erst am 1. April verpflichtet. Die Kollegen haben den Vertrag anerkannt, aber durch die Haltung der Unternehmer könne er nicht als rechtsverbindlich anerkannt werden. Andererseits beantragten die Müllarbeiter, in ihrem Lohnverhältnissen nicht schlechter gestellt zu sein, als die Bau- und Metallarbeiter und fordern auch ihrerseits die bei den zentralen Verhandlungen gewährten Teuerungszulagen von 40 resp. 50 Pfg. am 1. April und 1. Mai. Bei den Verhandlungen haben die Unternehmer der letzten Forderung zugestimmt, jedoch mit der Bedingung: Wieder aufnahme der Akkordarbeit.
Die von den Unternehmern geforderte Wiederaufnahme der Akkordarbeit wurde einstimmig abgelehnt.
In der sehr lebhaften Diskussion, an der sich die Kollegen Janoušek, Hühne, Scher, Krüger, Winkler, Freitag, Schenkenberger, Hühne und Jodel beteiligten, kam der ganze Unwille der Holzarbeiter sofort zum Ausdruck. Wiederholt wurde betont, daß hier nur noch ein Mittel, die allgemeine Arbeitsniederlegung, die Durchsührung der festgelegten Bestimmungen ermöglichen könne. Nur mit Wähe gelang es der Verhandlungskommission, die Verarmung von einem solchen Beschlusse abzuhalten. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:
Die am 8. Mai im Jellens Keller in Plauen mit 8000 Mitgliebern besuchte Versammlung der Leipziger Holzarbeiter protestiert auf das nachdrücklichste gegen das Verhalten der Unternehmer, die in Berlin getroffenen Vereinbarungen zu umgehen. Sie ersucht in dem Vorklage, die Sache dem Tarifamt zu überweisen, lediglich eine Verschleppung. Sie beauftragt ihre Verhandlungskommission sofort in neue Verhandlungen einzutreten. Sollten dieselben bis Mittwoch, den 7. Mai, nicht erledigt sein, beschließt die Versammlung, ab Sonnabend, den 10. Mai, die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis die Vereinbarungen restlos durchgeführt sind.

Tarfbewegung der Leipziger Holzarbeiter.
Dieser Bericht Winkler über eine Anzahl Lohnbewegungen in verschiedenen Branchen. Die Ristenbauer haben am 1. April einen Vertrag abgeschlossen. Es wurden Mindestlöhne von 175 und 170 Pfennig festgelegt, sowie die Akkordpreise von 110 Prozent auf 150 Prozent erhöht. Sie fordern jedoch ebenfalls die in Berlin festgelegte Zulage von 40 resp. 50 Pfennig. In den Betriebswerkstätten der Leipziger Straßenbahn haben die Kollegen die Arbeit am 27. April wieder ausgenommen, nachdem die Löhne von Mk. 2.10 auf Mk. 2.20 erhöht waren. Kranken-, Invaliden- und sonstige Rentenbeiträge trägt die Direktion. Ueber die Einführung der 46stündigen Arbeitszeit schweben noch Verhandlungen. Die Gummiarbeiter und Drechsler haben auf Grund ihrer eingereichten Forderungen Verhandlungen gepflogen. Die Unternehmer haben jedoch nur eine 10-prozentige Zulage gewährt. Eine Versammlung hat dieses Zugeständnis als zu niedrig abgelehnt.
Die Steilmacher haben in den Innungs- und Kleinbetrieben Forderungen eingereicht, worüber am Montag, den 5. Mai, Verhandlungen stattgefunden werden. — In den Wagen- u. Karosseriefabriken ist der Vertrag am 1. Mai gekündigt worden und neue Forderungen sind eingereicht. — Die Wobellischen Arbeiter haben in einer am 30. April abgehaltenen Versammlung beschlossen, die in Berlin festgelegte Teuerungszulage auch für ihre Branche zu fordern. Die Forderungen sind bereits in alle Betriebe abgegangen. — Auch die Parkettleger stehen in der Bewegung. Sie fordern einen Stundenlohn von 8.— Mk. Abschaffung der Akkordarbeit und Belieferung sämtlicher Werkzeuge. Zum Schluss abt Fehler noch bekannt, daß der bisherige Kassierer, Kollege Ehrlich, seinen Posten angeblich wegen Krankheit niedergelegt hat. In seine Stelle ist vorübergehend Kollege Hermann bestimmt worden.
Winkler, Schriftführer.

Tarifvertrag der Angestellten in Militärbetrieben.
Vom 30. April bis 3. Mai wurde vor dem Ministerium für Militärwesen über den vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands und dem Bund der technisch-industriellen Beamten eingereichten Tarifvertrag verhandelt. Unter den Tarifverträgen saßen alle in den Bureau des militärischen Dienststellen und Betriebe Beschäftigten (Technische Depots, Verleihsbüros und Bauämter, Lazarett, Kampferverbände, General- u. Garnisonkommandos, Versorgungsämter usw.). Für die Leipziger Angestellten führte die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands die Verhandlungen, die am 3. Mai zum Abschluß führten. Der Tarif bringt eine völlige Änderung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse zugunsten der Angestellten, Hilfsarbeiter usw. In Zukunft erteilt die Leipziger Geschäftsstelle des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands — Sitz Berlin —, Ortsgruppe Leipzig, Zelter Straße 30, II.
Am Mittwoch, dem 7. Mai, abends 7 Uhr, findet im Neuen Gasshof in L. Gohlis eine Versammlung statt, in der vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen gegeben wird. Hoffentlich lernen nun alle in den militärischen Betrieben Beschäftigten den Wert einer starken gewerkschaftlichen Organisation erkennen, deren Wirken der Abschluß des Tarifvertrages zu verdanken ist.

4) Die Utopie in der Wirklichkeit.

Eine Friedensnovelle von August Strindberg.

Da atmete der Leutnant wieder auf, und es war ihm zu Mut wie einem Jungen, der einer Tracht Schläge entgangen ist. Er war jetzt im Garten. Der Mond schien hell auf die gelbe Kuchenvand, und der Weinstock redete seine Blätterarme wie in langen, langsamem Sätzen. Doch, was war das? Vor zwei, drei Stunden war er tot gewesen, ohne Raub, bloß ein graues Gerippe, das sich in Zuckungen wand, und jetzt gingen da nicht die schönsten roten Trauben, und hatte nicht der Stock gespritzt? Er ging näher, um zu sehen, ob es derselbe Weinstock sei.

Daogen hält sich selbst Plato's Idealstaat noch in den Grenzen nationaler Absonderung; und die erste tatsächliche Gründung eines „Umwohners“ (Amphiktyonien)-Bundes mit gewissen schiedsgerichtlichen Einrichtungen umfaßt noch nicht einmal alle griechischen Stämme. Erst auf dem Boden von Alexanders Reich entspringt dann in dem Stifter der Stoa Zeno, der, an der Grenzschwelle zweier Kulturen, der hellenischen und orientalischen, geboren, vielleicht selbst der Abstammung nach beiden Rassen angehörte, zum erstenmal der Gedanke eines Weltstaats, der jedoch noch höchst verflüchtigt und unbestimmt blieb. Wie hätte es auch anders sein können? Ullrich doch das Reich Alexanders und seiner Nachfolger auf Gewalt gegründet. Und ebenso einige Jahrhunderte später das noch ausgedehntere Imperium Romanum, wiewohl es, namentlich unter den Reformkaisern des zweiten nachchristlichen Zeitalters, den Wältern seines Reichs in weitem Maße die Segnungen des Friedens, gemeinsamer Sprache, Rechts, Münze, Verkehrsstrahlen anteil werden ließ. Von einem Bundes freier Völker konnte in solchem durch Gewalt entstandenen, mit Gewalt aufrechterhaltenen Reiche keine Rede sein.

Sprachen überließ. Dennoch und trotz des großen schriftstellerischen Aufschwungs, das es machte, hatte es keinen praktischen Erfolg. Leibniz, der selbst für Friede und Versöhnung der christlichen Nationen tätig gewesen war, hatte recht gesehen, wenn er noch vor seinem Tode dem Verfasser schrieb: es sei zwar gut, dergleichen Gedanken ins Publikum zu bringen, allein unmöglich, bei den Herrschern seiner Zeit je damit durchzubringen; nur ein Minister, der im Sterben liege, könne das wagen und auch nur dann, wenn er seine Komiliten hinterläßt. Und in Anknüpfung an eine Aufschrift „Zum ewigen Frieden“ über einer Kirchhofspforte, mit der auch Kant seine gleichnamige Abhandlung beginnt, schreibt er in einem besondern Gelehrten: „Freilich die Toten schlagen sich nicht mehr, die Lebenden aber sind in anderer Stimmung, und die Wächter unter ihnen sollen den Ansprüchen der Gerechtigkeit keine Achtung.“

Vorkläufer der Völkerbunds Idee.

Karl Borländer läßt bei Felix Meiner in Leipzig soeben eine Schrift „Kant und der Gedanke des Völkerbundes“ erscheinen. Ein Anfang handelt über Kant und Wilson. Wir entnehmen dem inhaltsreichen Werke einen historischen Abriss der Völkerbunds Idee vor Kant.

Freilich hat Saint-Pierre zur Durchsetzung seiner Gedanken noch nicht an die zu seiner Zeit allgemein noch als unumgänglich geltenden Völker, sondern an die europäischen Fürsten appelliert. ... Abbe St. Pierre war in vernünftigen Kernen, Mitglied der Pariser Akademie und gewesener Großalmosenier der Prinzessin Elisabeth Charlotte von Orleans. Auch wurde sein Werk in verschiednen

Neues Theater. Montag, 7 Uhr: Rheingold. Dienstag, 7 Uhr: Wenn ich König wär. Mittwoch, 6 Uhr: Die Walküre (Ulrich). Donnerstag, 7 Uhr: Emilia Galotti. Freitag, 6 Uhr: Siegfried (Ulrich). Sonnabend, 7 Uhr: Martha. Sonntag, 5 Uhr: Götterdämmerung (Ulrich).

Kleine Chronik.

Neues Theater. (Kida). Das auffallend lebhafte Spiel von Jacques Uru als Hadames macht einen sehr glänzenden Eindruck. Bei seinem Gesang bleibt immer zu verlagern das Refrainieren der Konsonanten und das Durcheinanderwerfen der Vokale. Sonst wäre diese Stimme bei Joviel Blanc, Kraft und der im übrigen einwandfrei Technik vollkommen zu nennen. Mit Alina Sanden als Kida, Frida Schreiber als Amneris, Rose als Amnadora usw. war die Aufführung wohl gelungen.

Theaternachrichten. Neues Theater. Montag, 7 Uhr: Rheingold. Dienstag, 7 Uhr: Wenn ich König wär. Mittwoch, 6 Uhr: Die Walküre (Ulrich). Donnerstag, 7 Uhr: Emilia Galotti. Freitag, 6 Uhr: Siegfried (Ulrich). Sonnabend, 7 Uhr: Martha. Sonntag, 5 Uhr: Götterdämmerung (Ulrich).

Kohlen-Karten

werden beliefert von der Kohlen-Großhandlung Eduard Brödel

Achtung! Runkelrüben

à Zentner 5 und 7 Mark Gelbe Kohlrüben, rote u. gelbe Speisemöhren, Futtermöhren

Photogr. Vergrößerungen

in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert

Robert Proessdorf

Laden: Bayersche Straße 11. Erste Auszeichnungen. Feinste Referenzen.

Können Sie tanzen?

Wollen Sie ohne Lehrer sämtl. mod. Tanz- u. Gruppen tänze lernen...

Telephonisch

Können Anzeiger nur in ganz außergewöhnlich dringenden Fällen angenommen werden.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten... geschulte Kräfte gesucht

Meß-Muster Gramophone Schallplatten Musik-Haus Merkur Klavier

Gummisauger Fahrrad mit Verleihung... Gold 3/4 fach Wert

Kostüme u. Mäntel Damenutensilien

Lacksieder, Laboranten, Warnacke & Böhm

Tapeten, Kleister, Möbel

Zigaretten, Lederjacket, Mantel

Möbeltransporte, Hans Eitner

Schuhmacher, Schneider, Einser Schneider

Glühlampen, Herr- u. Dam.-Rad

Alle Militär-Sachen, Lederjacket, Mantel

Wohnungen, Steuer-Verwaltung u. Beratung

Malerlehrling, Kürschnerlehrling, Pelznäherin

Möbel, Herr- u. Dam.-Rad

100 Mk. Belohnung, 20 Mk. Belohnung

Wohnungen, Steuer-Verwaltung u. Beratung

Perfekte Plätterin, Aelt. Frau

Möbel, Herr- u. Dam.-Rad

100 Mk. Belohnung, 20 Mk. Belohnung

Wohnungen, Steuer-Verwaltung u. Beratung

10 Junge Mädchen, Strohhüte

Möbel, Herr- u. Dam.-Rad

100 Mk. Belohnung, 20 Mk. Belohnung

Wohnungen, Steuer-Verwaltung u. Beratung

Untericht

Möbel, Herr- u. Dam.-Rad

100 Mk. Belohnung, 20 Mk. Belohnung

Wohnungen, Steuer-Verwaltung u. Beratung

Neues Theater.

Kugelspiel. (Premiere 1415.)
Montag, den 5. Mai 1919
10 Anrecht-Vorstellung 4. Folge. (Preis)
Der Ring des Nibelungen.

Das Rheingold.

Musikalische Leitung: Professor Otto Schell.
Schauspiel der Handlungen: 1. In der Tiefe des Rheines; 2. Freie
Legen auf Bergeshöhen, am Rhein gelegen; Die unterirdischen
Hölle. (Preis)
Schauspiel der Handlungen: 1. In der Tiefe des Rheines; 2. Freie
Legen auf Bergeshöhen, am Rhein gelegen; Die unterirdischen
Hölle. (Preis)

Neues Operellen-Theater.

Operette in 3 Akten von Julius Weismann und Alfred Grünwald.
Die Hofe von Stambul.

Schauspiel der Handlungen: 1. In der Tiefe des Rheines; 2. Freie
Legen auf Bergeshöhen, am Rhein gelegen; Die unterirdischen
Hölle. (Preis)
Schauspiel der Handlungen: 1. In der Tiefe des Rheines; 2. Freie
Legen auf Bergeshöhen, am Rhein gelegen; Die unterirdischen
Hölle. (Preis)

Alles Theater.

Richard-Wagner-Blatt. (Premiere 1415.)
Montag, den 5. Mai 1919
10 Anrecht-Vorstellung 4. Folge. (Preis)
Der Ring des Nibelungen.

Variete Battenberg

Anfang 1/8 Uhr
Das mit grossem Beifall
aufgekommene
Riesen-Variete-
Programm.

Battenberg-Theater

Heute abend 1/8 Uhr
Vereinsvorstellung. (Kein Kartenvorverkauf.)
„Verlorene Töchter.“

Krystall-Palast

Fritz-Steidl-Gesellschaft
Der Flug
um die Welt!

Alte Handelsbörse (Maschinenmarkt)

Freitag, den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr:
Robert Ludwig
Goethes Festspiel Pandora

Sansjoui

Heute Montag
abends 6 Uhr
Großer Elite-Ball

3 Lilien

Der beliebte feine Ball
Volles Orchester
Empfehle meinen vorzögl. Mittags- u. Abendtisch.

Neuer Gasthof Gohlis

Morgen Dienstag, ab 6 Uhr
Grosses Ballfest.
Reichsverweser

Der beliebte Hausball.

Schönste Ballmusik des Westens. 9 Uhr Konf.



Fernruf 18792/98

ASTORIA

Windmühlenstrasse 31
JOE DEEBE
in seinem letzten Detektiv-Aben-
turer „Der blaue Drache“

GUNNAR TOLNÄS

in dem 4aktigen reizenden
Lustspiel
„Er, der Herrlichste“

UNIVERSUM

Roseplatz 6 (Café Bauer)
UM EHRE UND RECHT
Tragisches Ende eines unschuldig
Verurteilten
(Die Sonnenkinder)

STRASSENBAHN-ERSATZ

Komödie

COLOSSEUM

Roseplatz 12/18
DIE ROLLENDE KUGEL
Aufsehen erregendes, spannendes
Detektiv-Abenteuer
in fünf Abteilungen

WALDEMAR PSILANDER

in dem Sensationsdrama in vier
Abteilungen: „Die Liebesgeschichte
eines Schauspielers“

Einlass 8 1/2 Uhr. Anfang 4 Uhr. Ende 10 Uhr.
Jugendvorstellung in allen Theatern.

Deutsches Haus Lindenau

Heute Anfang 6 Uhr:
D.-H.-Ball
Tel. 33034 u. 11 607.

Leipziger Schauspielhaus.

Sopranistin. 1719
Treffpunkt: 1719
Montag, den 5. Mai 1919
Schauspiel Paul W. Genes.
Cthello.

Drei Linden

Täglich abends 1/8 Uhr:
Der
Grosse Mai-Variete-Spielplan
u. a.:
4 Original-Uessens 4
und
??? Trilby ???
„Das Rätsel“

Anfang 1/8 Uhr
Verkauf: Tagesk. Tel. 33543/33436
Tn. Althoff-Konsumver. K.-Hofstr.
Verbindung: Linie B. L. P. V. Δ
Ende geg 10 Uhr

Variete im Zoologischen Garten

Grosser Festsaal. Artistische Leitung: E. Moreno.
Heute Montag, den 5. Mai, 7 1/2 Uhr abends
Letztes Auftreten
der 12 auserlesenen Künstler-Spezialitäten.

Rabarett

Gosenschlösschen, Eutritzsch.
Heute Montag von 6 Uhr an
Feiner BALL.

Mätzschkers Festsäle

Heute Montag abends 1/7 Uhr Ball

Lichtspiele

Zschocher.

Telephon 40960. Inh. M. Raschke.
Ab Dienstag bis Donnerstag
Nur 3 Tage

Arme kleine Eva

Schauspiel in 6 Akten nach dem bekannten
Roman von Paul Langenscheidt.
(§ 123 Verbrechen gegen das heimende Leben)
Jugendliche unter 16 Jahren keinen Zutritt

Der Dennhards Bruder

Nach dem bekannten Kriminalroman in 4 Akten.
Einlass 1/5 Uhr. — Anfang 5 Uhr.
II. Vorstellung 1/8 Uhr.

Henny Porten: Ihr Sport

Die Lieblingsfrau
des Maharadscha.
II. Teil.

Tanz-Abend

Einzel-Unterricht
u. Herren, erteilen zu jeder Zeit
unentgeltl. schnell u. gründlich

G. Töpner u. Frau

Gold-Lotterie
Rote-Kreuz-Lose.
3 Mk. Porto u. Liste 45 Pfg.
Ziehung 12.-17. Mai.

Friedrich Köthe

Närb. Str. 3 u. Heinrichstr. 8.

Verkaufe

Messmuster
Sprechapparate
Mandharmonikas
Ziehharmonikas
Wiener
Lauten, Gitarren
Mandollinen
Gelgen
Richter

Achtung!

Die alte Wittelles
früher Hanfstrasser Steinweg 14
schreibt nicht nur, sondern zahlt
jeden hohen Preis, den Sie
wünschen, für Ihre alten Sachen,

Messmuster!

Gas- u. elektr.
Speisezimmerkronen
Salonkronen
Zuglampen
Tischlampen
Ampeln

Reichsstrasse 15

Reparaturen
an Uhren jeder Art
nur streng solide
Ausführung und
unter Garantie bei
Gustav Kaniss

Uhrmach. Tanchauer Str. 6

Das gute Niebeck Bier